

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Vorkostgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., **Reklame-Kolonelle 7.50 M.** — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Herr Koch als Scharfmacher gegen links.

Der bekannte Wind hat uns folgendes Dokument auf den Schreibtisch gelassen:

Der Reichsminister des Innern, Berlin, NW. 40, den 18. 8. 1920.  
— HC 4830. —

Von radikaler Seite wird in letzter Zeit öffentlich in Rede und Flugblättern für einen gewaltsamen Sturz der Verfassung sowie für die gewaltsame Errichtung der Räterepublik und zu diesem Zwecke für eine Bewaffnung des Proletariats Propaganda gemacht.

Fälle, in denen gegen die Personen, welche diese hochverräterischen Bestrebungen leiten und für sie wirken, eingeschritten worden wäre, sind bisher kaum zu meiner Kenntnis gelangt. Ich habe daher Veranlassung genommen, die Landesregierungen zu ersuchen, die nachgeordneten Polizeibehörden anzuweisen, derartige Fälle von Hochverratsversuch bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu bringen; bitte aber auch die Justizverwaltung zu veranlassen, daß sie die ihr nachgeordneten Staatsanwaltschaften anweist, auch von Amts wegen nachdrücklich, als dies in der letzten Zeit geschehen zu sein scheint, gegen alle hochverräterischen Bestrebungen vorzugehen.

In den Herrn Reichs-Justizminister. Überzende ich zur gefl. Kenntnisnahme mit dem ergebenden Ersuchen, die nachgeordneten Behörden mit entsprechender Anweisung versehen zu wollen.  
Im Auftrage:  
gez.: Untersehrift.

An die Landesreg. für Preußen. In den Herrn Minister des Innern.

Der „Demokrat“ Koch der das Reichsministerium des Innern verläßt, wird nervös bei dem Gedanken, daß sich Arbeiter bewaffnen könnten — obgleich ihnen gar keine Waffen zur Verfügung stehen. Die Bewaffnung des Bürgertums, die Dragoisch und die Einwohnerwehren — das ist natürlich ganz etwas anderes! Herr Koch, der zum Uebertritt in die Stinnespartei überreif ist, sieht die Gefahr nur links. Und also heßt er die Polizei und die Staatsanwälte auf das Proletariat. Die deutsche Klassenjustiz ist scheinbar einseitig auf die Arbeiterklasse dreifüßig und hört und sieht im allgemeinen nichts von Hochverrats- und Gewaltdatenaufforderung der Reaktion. Daß sie es nach diesem Erlaß, der vom August 1920 stammt, noch weniger als vorher tut würde, liegt auf der Hand.

Einige Beispiele aus jüngster Zeit besagen es wieder einmal:

In Regensburg wurde der Kommunist Horn wegen Verbreitung eines Flugblattes verhaftet.  
Nicht verhaftet wird der Antisemite Lebius, der in seiner Staatsbürgerzeitung schrieb:

Der Liga gehören u. a. an: Maximilian Harden, Professor Einstein, Professor Höpfer, Herr v. Gerlach. Hier liegt glatter Volksverrat vor. Wir würden jeden Deutschen, der diese Schelte niederschreibt, für einen Wohlthäter des deutschen Volkes erklären. Wir wundern uns überhaupt, daß sich niemand dazu bereitfindet. Fast zwei Millionen Deutsche haben ihr Leben für die Sicherheit des deutschen Volkes geopfert. Warum findet sich jetzt niemand, der das deutsche Volk von diesen Verbrechern befreit?

### Neue Verhandlungen mit der Regierung über die Eisenbahnerforderungen.

M. Berlin, 13. Januar. Nachdem die Vorstände der großen Organisationen der Eisenbahnerbeiter zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis Stellung genommen haben, werden auf Grund der einmütigen Ablehnung der Mitglieder im ganzen Lande neue Verhandlungen für notwendig gehalten. Gestern trat der 16er-Ausschuß zu einer Besprechung zusammen. Aus dem erstatteten Bericht ergab sich eine neue Verhandlungsgrundlage, die soeben mit der am gleichen Tage tagenden Konferenz von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes eingehend besprochen wurde. Dabei wurde ganz besonders die finanzielle Auswirkung der zu fordernden weiteren Zugeständnisse behandelt. Schließlich erklärten sich die Vertreter der genannten Gewerkschaftsbünde bereit, mit den entsprechenden Regierungsstellen in Verbindung zu treten, damit ein befriedigendes Resultat erzielt wird.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In einer Sitzung des Vorstands der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner wurde gegen die halbamtlich veröffentlichte Meldung über die Streikabstimmung der Eisenbahner Einspruch erhoben. Bei der durch das W. L. B. gegebenen Mitteilung sei für das erreichte Ergebnis der Streikabstimmung die Gesamtzahl aller Eisenbahner zugrunde gelegt, in Wirklichkeit handelt es sich lediglich um die Abstimmung der rund 235 000 Mitglieder der Reichsgewerkschaft, von denen laut Aufstellung 82 Prozent für den Streik gestimmt haben. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es, daß der von der Regierung angebotene Vergleich unannehmbar ist. Die erregte Stimmung unter den

großen Massen der Mitglieder sei durch das Angebot in keiner Weise gemildert, vielmehr noch verschärft worden. In der Art der Verteilung der erhöhten Teuerungszuschläge nach Ortsklassen sei das soziale Moment ungenügend berücksichtigt. Dadurch würden gerade die Gehaltsgruppen ohne wirkungsvolle Hilfe bleiben, die ihrer am dringendsten bedürften. Die Methode des Reichsfinanzministers, durch Herausstellung von Milliardenziffern den Kampf der Beamtenschaft um gerechte Bewertung ihrer Arbeitsleistung in ein falsches Licht zu rücken, müßte auf das schärfste verurteilt werden.

### Ein Streikverbot im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 12. Januar. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mannheim: Die Unterkommission Ludwigshafen der Interalliierten Kommission hat unter Ablehnung legalen Schiedspruchs ein Streikverbot für die Eisenbahner des besetzten Gebiets erlassen.

### Rücktritt des französischen Kabinetts.

M. Paris, 13. Januar. Die französische Regierung ist gestern nachmittag gestürzt worden. In der Kammer wurden mehrere Interpellationen über die auswärtige und allgemeine Politik der Regierung eingebracht und sofortige Besprechung verlangt. Die Regierung widerlegte sich und verlangte mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der interalliierten Konferenz in Paris die Vertagung der Interpellationen. Der Ministerpräsident stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte darauf die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen ab. Das Kabinett ist damit gestürzt. Um 4.40 nachmittags hat sich der Ministerpräsident Lyautey, begleitet von sämtlichen Ministern, ins Elysee begeben und dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts bekanntgegeben.

Die nationalistische Mehrheit der Kammer hat den Rücktritt des Kabinetts erzwungen, weil ihr der Ministerpräsident Lyautey zu „gemäßigt“ war. Sowohl seine Politik gegenüber Deutschland, wie auch sein Auftreten gegenüber England, besonders in der Frage der Entlassung Deutschlands und in der Orientfrage, war den Nationalisten nicht fest und scharf genug. Deshalb haben sie offenbar den Sturz der Regierung auch gerade jetzt, unmittelbar vor dem Zusammentritt der Konferenz der Ministerpräsidenten, herbeigeführt. Frankreich soll dort durch einen Ministerpräsidenten vertreten sein, der die Interessen Frankreichs entschieden im Sinne der nationalistischen Mehrheit wahr. Lord George hat sofort nach dem Eintreffen der Nachricht vom Rücktritt Lyauteys die notwendigen Anordnungen zur Verchiebung der Konferenz der Ministerpräsidenten getroffen. Voraussetzungsweise wird die Konferenz nun nicht mehr in diesem Monat zusammentreten. Als aussichtsreichsten Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten betrachtet man nach Meldungen aus Paris den Kammerpräsidenten Raoul Peret.

### Drohende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs?

Berlin, 12. Januar. Seit dem Beginn der Ausführung des Spa-Abkommens hat der Eisenbahnverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Vor allem waren auch die für eine wirtschaftliche Lokomotivsteuerung notwendigen Kohlenforten nicht in ausreichender Menge vorhanden, da gerade sie von der Entente verlangt werden. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen; zur Zeit sind fast überall nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit nähert sich die Lage dem Gefahrenpunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Dienstkohlen nicht mehr in vollem Umfange durchgeführt werden kann. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

### Rücktritt des mecklenburgischen Ministeriums.

Schwerin, 12. Januar. Das Staatsministerium unter Führung des Volksparteilers Prof. Reinde-Bloch erklärte heute im Landtage nach 5-monatiger Amtsdauer seinen Rücktritt. Den Anlaß zum Rücktritt gab das Misstrauensvotum der Linksmehrheit wegen der Erklärungen des Justizministers über die Freisprechung von drei sechsern Zeitfreiwilligen durch das Schwurgericht. Die Regierung erklärte sich mit dem Justizminister solidarisch.

### Postbeamtenstreik in Oesterreich.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Wien wird gemeldet: Die Postangestellten in Oesterreich sind heute in den Streik getreten. Der Grund zu diesem Streik ist nicht die Weigerung der Erfüllung von Lohnforderungen, sondern ein Streit über prinzipielle Fragen. (Gleichstellung der Postbeamten mit den übrigen Staatsbeamten.) Die Ansichten sind unter den Postbeamten geteilt. Die Telegraphen- und Telephonbeamten wollten sich morgen dem Streik anschließen.

### Die kommunistischen Spaltungsfanatiker suchen neue Spaltungsobjekte.

Die kommunistischen Schädlinge der Arbeiterbewegung haben sich bekanntlich als nächste Aufgabe die Zertrümmerung aller proletarischen Organisationen gestellt, die sich nicht bedingungslos der Diktatur von Moskau unterwerfen wollen. Nachdem der WPKD, trotz ihrer Massenabfertigung von Kampfpapieren nicht die erhofften Massen zugeführt sind, machen die deutschen Kommunisten unter Ausbeutung aller Kräfte und unter Anwendung aller, auch der verwerflichsten Mittel die verzweifeltsten Anstrengungen, um die Arbeiter vor ihren gründlich verfahrenen Parteifarren zu spannen. Insbesondere haben sie es dabei auf die proletarischen Schichten abgesehen, die am schlimmsten unter den herrschenden elenden Zuständen leiden und sich deshalb am leichtesten durch die scheinradikalen Phrasen der Sinowjewjünger einfangen lassen. Nach den Arbeitslosen sollen jetzt die Kriegsoffer an die Reihe kommen. Das Organ der sozialistischen Vereinigung der Kriegsoffer, des Internationalen Bundes, bringt in ihrer letzten Nummer eine sechs Spalten füllende Darstellung über die Bestrebungen und die Tätigkeit der Spaltungsfanatiker in der Kriegsschädigtenorganisation.

Der Internationale Bund ist eine Organisation, die alle sozialistischen Kriegsschädigten zur Wahrung der gemeinsamen Interessen sammelt und als gleichberechtigt behandelt. Das paßt aber den Kommunisten nicht, die auch die Kriegsschädigtenorganisation für ihre Parteizwecke ausnützen wollen. Die kommunistische Opposition hat deshalb für die Kriegsschädigten ähnliche weitgehende Forderungen aufgestellt, wie sie zur Lösung des Arbeitslosenproblems erhoben worden sind, Forderungen, die wenigstens um Teil unerfüllbar sind, solange das Proletariat nicht im Besitze der politischen Macht ist. Die Absichten der kommunistischen Opposition werden deutlich enthüllt in vorgelegten Vorschlägen für ein zu schaffendes Programm. Darin wird als erste Aufgabe der kommunistischen Kriegsschädigten die Schaffung kommunistischer Zellen in allen Ortsgruppen des Bundes empfohlen, die dahin zu streben haben, daß der Bund ein klares kommunistisches Programm erhält. „Entweder“ — heißt es weiter — „ist der I. B. kommunistisch und bekennt sich zu den Richtlinien der I. Internationale oder er ist es nicht, dann ist er reaktionär und muß bekämpft werden.“ Koch hat er tritt der Zweck der ganzen Aktion zutage in den Richtlinien, in denen die Bildung kommunistischer Fraktionen gefordert wird, „die nach Wirtschaftszwecken zusammengefaßt und Zentrale der kommunistischen Fraktion mit dem Sitz in Berlin (Wützschloß 21) Die Red. d. L. B.) unterstellt werden, die ihrerseits wieder in enger Zusammenarbeit mit der Parteizentrale steht. Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit wird in diesen Sätzen ausgesprochen, daß der Internationale Bund zu einer Parteiorganisation der kommunistischen Partei gemacht werden soll. Die Kriegsoffer sollen also gleich den Arbeitslosen den Kommunisten helfen, den festgefahrenen kommunistischen Parteifarren aus dem Dreck zu ziehen. Die Kriegsoffer sind den Kommunisten gerade noch zu wenig, als Kanonenspatzen zu dienen, soll doch nach der erwähnten programmatischen Erklärung der I. B. in den Vordergrund seiner Propaganda den gemeinsamen Kampf mit dem revolutionären Proletariat stellen, das — unter Anwendung der „bewährten“ kommunistischen Methoden — „im unermesslichen Bürgerkrieg mit der Waffe in der Hand sein Recht zur Kontrolle der Produktion durch revolutionäre Betriebsräte und politische Arbeiterräte erkämpfen“ soll.

Auf solchen Wegen also sollen die kommunistischen Fraktionen — wie der Halleische Klassenkampf in einem Artikel über die gleiche Frage schreibt — „den Kampf der Kriegsoffer herausführen aus dem Sumpf des Reformismus und Pazifismus und ihn überleiten in einen in revolutionärem Sinne geführten Kampf“. Begonnen wird dieser verheißungsvolle Kampf — wie immer — mit dem Kampf gegen die „menschenwichtigen“ Führer. Weil die Leitung des I. B. erklärt, daß sie im Sinne ihrer Mandatgeber weiter die Neutralität gegenüber allen sozialistischen Parteien aufrecht erhalten will, scheidet der Klassenkampf, die Bundesleitung sei „entlarvt“. Nun müßten aber nach diesem ersten Schritt die weiteren getan werden, die zur „Klärung“ führen würden.

Es liegt auf der Hand, daß diese „Klärung“ nach Lage der Dinge auch in diesem Falle nur in der Spaltung der Organisation bestehen kann. Die sozialistischen Kriegsoffer haben sich natürlich nicht in dem I. B. zusammengefunden, um unter Führung der Moskauer Apokalypse einen aussichtslosen Kampf um in absehbarer Zeit undurchführbare Forderungen zu führen. Sie verlangen vielmehr nach schneller Hilfe, die ihnen ihr elendes Dasein wenigstens einigermaßen



erträglich gestaltet. Die kommunistische Parole für die Kriegsoffer wird aber nur zur Spaltung der starken Organisation führen, wird die Kräfte zerstückeln und lähmen und dadurch die Ausichten auf wirksame Hilfe für die Kriegsoffer wesentlich verschlechtern. Hoffentlich erkennen die sozialistischen Kriegsbeschädigten, die im F. B. organisiert sind, rechtzeitig die ihnen drohende Gefahr und bereiten in ihrem eigenen Interesse den kommunistischen Spaltungsfanatikern die geführende Abfuhr.

## Die Stellung der U. S. P. D. zum deutsch-ungarischen Wirtschaftsabkommen.

Von Kurt Rosenfeld.

In der kommunistischen Agitation gegen unsre Partei spielt seit dem Reichstag am 1. Dezember 1923 angenommene Wirtschaftsabkommen Deutschlands mit Ungarn eine gewisse Rolle. Unsere Fraktion hat für diesen Vertrag gestimmt und damit der KPD. den Vorwand zu dem Vorwurf gegen unsre Partei geliefert, daß sie mit der ungarischen Blutregierung liebäugle.

Der Gipfel erreichte diese kommunistische Bekämpfung unserer Partei in dem Aufruf der Zentrale der KPD. zum Protest gegen das ungarische Blutregiment. Darin wird die fähige, aber darum doch nicht wahre Behauptung aufgestellt: „Selbst die USA. die gestern noch für die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit diesen Henkern stimmte, erkennt jetzt mit Grausen, für welches Bündnis sie gestimmt hat: für das Bündnis mit dem blutbesudelten Horthy-Ungarn.“

Man kann schon verstehen, daß die kommunistische Partei ihre Passivität gegenüber den ungarischen Henkern zu verdecken sucht, hat die KPD. es doch trotz ihres Geschreis nach größerer Aktivität noch nicht einmal fertiggebracht, rechtzeitig auch nur eine Straßendemonstration gegen Horthy-Ungarn zu veranstalten. Es bedurfte erst unsrer Aktion, um die Zentrale der KPD. zu Demonstrationen fortzureißen. So verständlich es also auch ist, daß die kommunistische Partei ihre Verlagen in dieser für das Proletariat der ganzen Welt so wichtigen Angelegenheit verbergen will, so wenig ehrlich ist es, die Zustimmung unserer Fraktion zum deutsch-ungarischen Wirtschaftsabkommen zur Protektionierung unserer Partei gegen die ungarischen Blutregimenten in Gegenfah zu stellen. Unsre Partei war am 1. Dezember im Reichstage, wie am 2. Januar im Luftgarten in der Beurteilung des ungarischen Schandregiments einig. Genosse Breitscheid sagte nach dem Stenogramm des Reichstags am 1. Dezember u. a.:

„Ich weiß keinen parlamentarisch zulässigen Ausdruck über die gegenwärtige Regierung in Ungarn und ihre Mittelaten. (Zustimmung bei der USPD.) „A u b e r h a n d e n“ dürfen wir nicht sagen. (Diese Charakterisierung hatte der Reichstagspräsident kurz vorher getügt.) Nun schön, so wollen wir „Militaristen“ sagen; das läßt ja auf das selbe hinaus. (Sehr richtig!) bei der USPD.) Was in Ungarn an Verfolgungen und Unterdrückungen geleistet wird, übersteigt in der Tat jedes nur denkbare, jedes menschlich zulässige Maß. (Sehr wahr!) bei der USPD.“

Es ist für unsre heutigen Parteiverhältnisse bezeichnend, daß man jetzt oft genaue Fragen erörtern muß, über die es früher in der ganzen sozialistischen Partei nicht die geringste Meinungsverschiedenheit gab. Was man Jahrzehnte hindurch für Gemeingut aller Sozialisten hielt, das wird heute von irgendjemand mit radikaler schimmernden Redensarten in Zweifel gezogen und nichts ist so dumme, das es nicht Gläubige fände. Anders ist nicht verständlich, daß von kommunistischer Seite die Forderung erhoben wird, einen Handelsvertrag deshalb abzulehnen, weil die eine vertragschließende Regierung eine Gewalt Herrschaft ausübt. Das selbe Argument hätte in früheren Zeiten Geltung haben müssen, wenn Deutschland mit dem zaristischen Rußland einen Handelsvertrag schloß, die Sozialdemokraten hätten ihn ablehnen müssen und umgekehrt hätte die deutsche Regierung die Zustimmung der Sozialdemokraten finden müssen, als Deutschland den Zollkrieg gegen Rußland führte. In Wirklichkeit ist im Dezember 1923 im deutschen Reichstag die Verordnung, welche der deutschen Regierung den Zollkrieg gegen Rußland ermöglichte, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen worden. Als dann im Jahre 1924 der deutsch-russische Handelsvertrag im Reichstage zur Beratung gelangte, waren es die Sozialdemokraten, mit deren Hilfe der Vertrag mit der zaristischen Regierung angenommen wurde. Wenn unter den Sozialdemokraten der 90er Jahre, deren revolutionäre Entschlossenheit durch das Sozialistengesetz gesteuert worden war, nicht ein einziger sich befand, der gegen die Zustimmung zu diesem Handelsvertrage Bedenken äußerte, wenn in der ganzen deutschen Sozialdemokratie, deren revolutionärer Charakter Anfang der 90er Jahre nicht bestritten werden kann, nicht ein einziger Mitglied die Haltung der Reichstagsfraktion kritisiert hat, so können wir ganz beruhigt sein. Was dem revolutionären Empfinden eines Bebel, Liebknecht und Singer 1893 nicht widersprach, das steht auch nicht im Widerspruch zu einer wirklich revolutionär-sozialistischen Auffassung im Jahre 1923.

Der deutsch-ungarische Handelsvertrag ist außerdem kein selbständiger Vertrag der beiden Staaten Deutschland und Ungarn. Dieser Vertrag ist vielmehr Bestandteil eines umfassenderen Vertragswerkes, welches Handelsverträge Deutschlands mit Ungarn, Deutschland mit Österreich und der Tschechoslowakei in sich schließt. Der alte Vertrag des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn ist durch den Vertrag von Versailles zerrissen worden. An seine Stelle ist der Vertrag getreten, über den am 1. Dezember im Reichstag abgestimmt wurde. Sollten wir mit dem Vertrag zwischen Deutschland und Ungarn auch den mit der österreichischen und den mit der tschechoslowakischen Republik verwerfen? Das kann kein vernünftiger Mensch fordern. So lärmlos können wir nicht Handelspolitik treiben.

Der Standpunkt der Kommunisten wird am meisten bei den deutsch-ungarischen und allen den anderen Reaktionen Belsatz finden, die unter keinen Umständen mit Sowjet-Rußland wirtschaftliche Beziehungen wieder aufnehmen wollen. Die Zentrale der KPD. liefert diesen schlimmsten Feinden des Proletariats das „wissenschaftliche“ Rüstzeug zum Kampf gegen einen deutsch-russischen Handelsvertrag.

Die russische Regierung ist bereit, mit Lloyd George als Vertreter des kapitalistischen England Verträge abzuschließen. Dabei ist dieser Engländer der Repräsentant des kapitalistischen Systems, das mit den schlimmsten Unterdrückungsmahnahmen seine Herrschaft in Irland, in Indien, in Ägypten aufrechterhält. Wir hören sogar von Bündnissen der russischen Regierung mit türkischen Nationalisten. Mustafa Pascha und Enver Pascha sind die in Rußland freudig begrüßten Bundesgenossen Lenins...

In der roten Fahne vom 4. Januar wird uns Branting als Muster vorgehalten, weil er im Stockholmer Sozialdemokraten gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen der skandinavischen Regierungen mit Ungarn Stellung genommen habe, während wir für den Handelsvertrag mit Ungarn gestimmt hätten. Dazu ist zunächst zu sagen, daß die Nachricht über Brantings Stellung wenig wahrscheinlich ist, da bereits, wie auch die rote Fahne wissen könnte, die Beziehungen zwischen den skandinavischen Staaten und Ungarn aufgenommen sind. Außerdem fehlt auch dem kommunistischen Artikelschreiber das zur richtigen Beurteilung der Dinge nötige Unterscheidungsvermögen. Er wirkt nämlich offenbar durcheinander den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und den Ausbruch des Krieges in ihrer Bedeutung für das Verhältnis zweier Staaten zueinander. Der Krieg hat zwar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Folge, nicht aber bedeutet der Abbruch dieser Beziehungen immer den Krieg. Der Artikelschreiber geht anscheinend davon aus, daß alle Handelsverträge hinfällig seien, wenn die diplomatischen Beziehungen

zwischen zwei Staaten abgebrochen werden. In Wirklichkeit hat selbst der Ausbruch des Krieges nicht die Auflösung aller zwischen den kriegführenden Staaten bestehenden Verträge zur Folge. Noch weniger aber hat diese Wirkung der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Deshalb wäre es sehr wohl denkbar, daß Branting zwar gegen die Wiederaufnahme oder für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen eintritt, aber gegen den Abschluß eines Handelsvertrages Bedenken nicht erheben würde. Die Stellungnahme Brantings würde also, selbst wenn die Stockholmer Nachricht zuträfe, nicht die geringste Beweislast gegen unsre Stellungnahme belegen.

So erweist sich bei näherer Prüfung, daß wir unser Eintreten für das deutsch-ungarische Wirtschaftsabkommen nicht zu bereuen haben. Mag sein, daß Demagogen unsre Abstimmung benutzen können, uns in den Augen der Schwachgebirten herabzusetzen. Wir können unsre Abstimmung mit guten Gründen erklären, und die deutsche Arbeiterschaft wird unsre Haltung verstehen und billigen.

## Eine deutschnationale Parole.

Dr. Max Maurenbrecher, der streiklustige Pfaffe und wandlungsfähige Politiker, der auf seinen Irrfahrten durch die Politik nun auf der äußersten Rechten gelandet ist, bereitet den Lesern der jetzt von ihm geleiteten deutschnational-antijemittischen Deutschen Zeitung in der letzten Sonntagsnummer eine eigenartige Ueberraschung. In einem langen Leitartikel stellt er den staunenden Mitdeutsch und Antisemiten den „Juden Lassalle“ als ihren — Lehrmeister vor. Der geniale Forscher Maurenbrecher, den seine vielseitigen Forschungen bekanntlich schon zu oft sich scharf widerprechenden Ergebnissen und Schlussfolgerungen geführt haben, hat nämlich entdeckt, daß Lassalle derjenige Jude ist, der „nächst Stahl vom Geiste der altpreussischen Staatskunst am meisten gelernt hat“. Und so setzt Maurenbrecher den verflühten Lesern des deutschnationalen Blattes lang und breit auseinander, weshalb gerade ihnen der Jude Lassalle zum Lehrmeister werden müsse.

Finst, in den Tagen der preussischen Verfassungskämpfe, hatte Lassalle den gegen den Verfassungsbruch protestierenden und über das Unmoralische einer solchen Handlung jammernden Liberalen in klassischer Weise auseinandergesetzt, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Er wies ihnen den Weg, den sie einschlagen mußten. Vor allem forderte er von ihnen den Mut, auszusprechen was ist, denn — so sagt er — „Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit.“ Bekanntlich verhalten Lassalles Kampftruppe damals ungehört. Die Fortschrittler wichen dem Kampfe feig aus und die Verfassungskampagne endete mit einer schmachvollen Niederlage des liberalen Bürgerturns. Heute aber, sechs Jahrzehnte später, gräbt Maurenbrecher Lassalles Worte und Grundgedanken aus und empfiehlt den Mitdeutsch und Chauvinisten ihre Anwendung gegen Frankreich. Weil Deutschland durch „weiteres diplomatisches Verhandeln und Vertragsschließen“ mit den Franzosen Frankreich helfe, den „Schein eines völlerrechtlichen und friedlichen Zustandes aufrechtzuerhalten“, soll nach der Forderung Maurenbrechers das deutsche Volk der Lüge ein Ende machen, aussprechen, was ist und beschließen, „leben Verkehr staatlicher und wirtschaftlicher Art, insbesondere jede Lieferung von Rohstoffen, Chemikalien oder was es sonst sei, aber auch jede Sorge für die leibliche Sicherheit französischer Staatsbürger auf deutschem Boden auf unbestimmte Zeit, und zwar auf so lange auszusetzen, bis die Franzosen den Nachweis erbracht haben, daß sie bei der Feststellung der Friedensbedingungen streng auf den Standpunkt der Ehrlich und gerecht auszuflegenden 14 Punkte des Präsidenten Wilson zurückgekehrt sind, auf die allein damals das deutsche Volk den Waffenstillstand angeboten hat.“

Was die Annahme dieses wahnstimmigen Vorschlags für das deutsche Volk bedeuten würde, braucht nicht weiter auseinanderzusetzen zu werden. Die kritische Situation, in die Deutschland durch die Nichtdurchführung der Entwaffnung der sogenannten Selbstschutzhorganisations geraten ist, zeigt deutlich genug, welche verhängnisvollen Folgen die Nichteinhaltung vertraglich übernommener Verpflichtungen für das deutsche Volk hat.

Weshalb aber Maurenbrecher zur Begründung seiner verrückten Parole den Geist Lassalles zitiert, ergibt sich aus den Schlussfahnen seines Artikels. Er bringt darin zum Ausdruck, daß sich Regierung, nationale Kreise und Sozialdemokratie auf seine Lösung einigen möchten. Nach seiner Meinung wäre es besonders, ob von dem Geiste ihres ersten Weckers und Lehrers heute noch wenigstens ein Hauch in ihr lebt! Man darf schon sagen: nach dieser seiner neuesten Leistung ist der wandlungsfähige Politiker Pastor auf dem besten Wege, sich noch ganz zum Nationalbolkscheu zu entwickeln.

Im übrigen aber zeigt die Maurenbrecher'sche Parole erneut mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit, welche wahnstimmig-verbrecherischen Pläne die Führer der Partei haben, die bei den letzten Wahlen fast zur stärksten bürgerlichen Partei geworden ist. Eine neue ernste Mahnung für die Arbeiterschaft.

## Eine Spihelerfindung?

### Das Angebot Merges an den Cumberlander Herzog.

In der kommunistischen Niederländischen Arbeiterzeitung hat der Kommunist Merges, wie wir aus der Berliner roten Fahne ersehen, eine Erklärung gegen die Meldung veröffentlicht, daß er die Abdankungsurkunde des ehemaligen Herzogs Ernst August von Braunschweig dem Hause Cumberland zum Kauf angeboten habe. Merges sagt, daß die Abdankungsurkunde gar nicht in seinem persönlichen Besitz ist. Die Behauptung, daß er sich geäußert habe, die Urkunde, wenn sie das Haus Cumberland nicht kaufe, einem reichen Amerikaner als Kuriosität zum Kauf anbieten zu wollen, bezeichnet Merges als Märchen. Nach seinen Ausführungen ist im Dezember in seiner Wohnung ein Spihel Sghman aus Stenbal erschienen, der ihn zur Herausgabe der Urkunde veranlassen wollte und dabei einen mit Schreibmaschine geschriebenen, angeblich von Merges nach Gmunden an den Herzog von Cumberland gerichteten Brief vorzeigte. Dieser Brief ist nach Merges eine Spihelerfindung gewesen. Er habe ihn nie geschrieben. Merges meint, daß der Spihel ein Beauftragter der unabhängigen braunschweigischen Regierung Dietrich Zunkel gewesen sei. Der Bruder des Justizministers Zunkel, der Parteisekretär der Braunschweiger USPD, sei bei Merges gewesen, um ihm Ratsschlüsse wegen der Herausgabe der Abdankungsurkunde zu erteilen und sogar mit der Staatsanwaltschaft zu drohen. Nach Merges hat die unabhängige Regierung die Herausgabe der verschwundenen Abdankungsurkunde, um sie für ihre Zwecke zu verwerthen, von Merges „erpressen“ wollen, und als ihr

dies nicht gelang, den Schwindel in die Welt gesetzt, daß Merges die Urkunde dem Hause Cumberland zum Kauf angeboten habe.

Wir vergleichen diese merkwürdige Erklärung unter allem Vorbehalt. Die Braunschweiger Regierung wird auf die dumme Verächtlichkeit des Merges zu antworten wissen. Fest steht jedenfalls, daß die Abdankungsurkunde in kommunistischem Besitz ist, — wenn nicht in dem von August Merges, so höchstens deshalb, weil er sie in Sicherheit zu bringen vorzog. Daß die Urkunde ins Braunschweiger Regierungsarchiv gehört, kann ein Kund beweisen. Wenn die Kommunisten sie nicht herausgeben wollen, so setzen sie sich ohne weiteres dem Verdacht aus, daß sie mit dem Schriftstück unlautere Geschäfte machen wollen.

Eine neuere Meldung aus Braunschweig bestätigt die Absicht der Kommunisten, die Urkunde der Regierung vorzuenthalten. In einer kommunistischen Versammlung erklärte Merges, daß die herzogliche Abdankungsurkunde das Resultat einer revolutionären Handlung sei. Die Urkunde gehöre infolgedessen „dem Proletariat“. Sie werde einem „Revolutionarium“ vorbehalten.

## Die Beschränkung des deutschen Luftschiffverkehrs.

Der deutschen Regierung ist ein Beschuß der Völkerverkonferenz mitgeteilt worden, der die Bestimmungen über die deutschen Flugplätze in den Rheinlanden und in der neutralen Zone enthält. Danach ist deutschen Luftschiffen das Ueberfliegen der Rheinlande förmlich untersagt, solange Deutschland nicht Mitglied der Konvention zur Regelung der Luftschiffahrt oder des Völkerverbundes ist. Wenn Deutschland zu diesen Körperlichkeiten zugelassen sein wird, dürfen seine zivilen Flugzeuge die Rheinlande überfliegen und die Hellen benutzen, die auf den militärischen Flugplätzen der Allierten in den Rheinlanden für die Bedürfnisse der zivilen Luftfahrt der verbündeten Mächte reserviert sind. Sobald die Alliierten und assoziierten Mächte die Besetzung der Rheinlande aufgegeben haben werden, kann die deutsche Luftschiffahrt die Rheinlande überfliegen und Hilfsplätze benutzen, aber auch nur Plätze dieser Art. Niemals darf sie in den Rheinlanden feste Einrichtungen unterhalten, die mit den Bestimmungen des Artikels 43 unvereinbar sind.

Das Ueberfliegen der neutralen Zone wird der deutschen Luftschiffahrt gestattet sein, sobald es eine solche gibt, das heißt von dem Zeitpunkt an, wo die Herstellung von Luftfahrtsgeräten wieder aufgenommen wird. Nach Artikel 43 des Friedensvertrages darf aber Deutschland niemals eine feste Einrichtung für Luftfahrt in der neutralen Zone schaffen.

## Poltschrei des verzweifelnden Deutschen Oesterreichs.

Wien, 11. Januar. Eine dem Generalsekretär der österreichischen Sektion der Reparationskommission übermittelte Denkschrift des Zentralbureaus der österreichischen Staatsangestelltenvereinigungen verweist zunächst darauf, daß es dem internationalen Aergernis auf Grund des St. Germainer Friedens obliegt, nicht nur für die Wiedergutmachung zu sorgen, sondern auch die Lebensnotwendigkeiten Oesterreichs sicherzustellen. Die Beamenschaft sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Staat nicht mehr über die erforderlichen Mittel verfüge, um das Einkommen der Beamenschaft, entsprechend dem verteuerten Lebensunterhalt, zu erhöhen. Die Streiks der Staatsangestellten seien keineswegs politische oder soziale Mutwilligkeitsakte, sondern Ausdrücke tiefer Verzweiflung. Die Mächte müssen sich so rasch als möglich entschließen, die Beschlüsse Sir William Goobes in eine befreiende Tat umzusetzen. Die Lebensmittelkrisis allein genügen für den Wiederaufbau Oesterreichs jedoch nicht, da es langfristiger Kredite bedürfte. Die Denkschrift stellt schließlich in vollem Bewußtsein der Tragweite dieser Erklärung fest, daß, wenn den zu acht Zehnteln halb verzehrten Bundesangestellten nicht in kürzester Zeit die Möglichkeit gewährt werde, sich einigermaßen zu ernähren, heute oder morgen mit einem Verzweiflungsanbruch gerechnet werden müsse, der das Ende dieses bedauernswerten Staates bedeute. Das Aufhören Oesterreichs in seiner heutigen Gestalt werde aber auch das Ende jenes politischen Systems sein, das durch den Friedensvertrag geschaffen wurde.

Gestern begannen die Beratungen über die von der Bundesregierung veranstaltete Enquete über Preisabfall. Bundeskanzler Mayr wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die bretesten Schichten der Bevölkerung trotz der größten Anspannung ihrer Kräfte nicht soviel verdienen, um sich die bescheidensten Lebensbedürfnisse zu sichern. Eine Milderung des Lebens könne nur eine Stabilisierung der Wafuta und Hebung der Produktion durch ausgiebige ausländische Kredite herbeiführen. Die Regierung werde in der nächsten Sitzung des Nationalrates ein Gesetz gegen die Preistreiberei vorlegen, das Uebertretungen mit Geldstrafen bis fünf Millionen Kronen und Freiheitsstrafen bis zu zehnjährigem Kerker ahnde.

Als Vertreter der Technischen Union, in der das Telegraphenpersonal, sowie andere staatliche technische Beamten und Arbeiter organisiert sind, erklärten die Vertrauensmänner der Südbahnangestellten, die Technische Union habe beschlossen, wenn bis zum 20. Januar in der Frage des Preisabfalles nicht wirklich Ernst gemacht werde, solidarisch in den Ausstand zu treten und darin zu verharrern, bis ein greifbarer Erfolg erzielt sei. Der Regierungsentwurf gegen die Preistreiberei sei ungenügend. Die Technische Union verlange die Einführung der Todesstrafe und der Prügelstrafe. Der Hauptvertrauensmann des Südbahnpersonals sowie der Vertreter des Deutschen Handels- und Industriearbeiterverbandes bezeichneten als das einzige Mittel zu wirtschaftlicher Erholung den Anschluß an Deutschland.

Ein Redner schlug vor, in einer an die Entente zu richtenden Entschliessung zum Ausdruck zu bringen, daß Oesterreich gegen die Preissteigerungen ohnmächtig sei, weil sie in erster Linie eine Folge der Wafutaforderungen seien. Im engsten Zusammenhang mit der Schaffung eines lebensfähigen Oesterreich stehe die Gewährung ausländischer Kredite. Der Vertreter des Verbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter stellt fest, daß auch bei noch so intensiver Gestaltung der Landwirtschaft Oesterreichs landwirtschaftliche Produktion kaum für sechs Monate genügen würde. Der Vertreter der Reichsgewerkschaftskommission erklärte, die Gewerkschaften seien zur Mitarbeit bereit, ohne Rücksicht auf die politische Stellung der Regierung, aber die Regierung müsse endlich aufhören, planlos zu arbeiten. Der Vertreter der deutschen Arbeiter sagte, die Forderung nach dem Anschluß an Deutschland werde wohl auch in das Mindestprogramm, das von der Enquete aufgestellt werden wird, aufgenommen werden müssen.

Wien, 11. Januar. Der Hauptauschuß hat beschlossen, dem Antrag der Regierung auf Erfüllung der Forderungen der Staatsangestellten und Staatsbahnangestellten zuzustimmen. Das Mehrerfordernis für die Erfüllung dieser Forderungen sowie für die entsprechenden Maßnahmen der Länder und Hauptstädte beträgt schätzungsweise 4040 Millionen Kronen. Zur Deckung dieser Ausgaben sollen die Salz- und Tabakpreise, die Alkoholsteuern und die Eisenbahntarife erhöht werden.

Wien, 11. Januar. Die Bundesregierung hat die Vorlage über die Bestrafung der Preistreiberei, des Schleichhandels und anderer ausbeuterischer und die Versorgung der Bevölkerung gefährdender Handlungen dem Nationalrat unterbreitet. Der Entwurf enthält außer einer beträchtlichen Verschärfung der Strafen Vorschriften über das Verfahren, durch die die Energie der Versorgung und damit die abschreckende Kraft der Strafdrohungen erhöht werden soll.



## Ein französisches Volksanleihe für Oesterreich.

Berlin, 13. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Wien wird gemeldet: Die große Wiederaufbauaktion für Oesterreich ist auf eine Volksanleihe zusammengekrümpt. Die französische Regierung hat sich entschlossen, Oesterreich zunächst ein französisches Darlehen in der Höhe von 150 bis 200 Millionen französischer Franc zu gewähren. Ein Delegierter der französischen Regierung trifft möglicherweise schon morgen in Wien ein. Er ist bevollmächtigt, die Verhandlungen zum Abschluss zu bringen und die erforderlichen Garantien von der österreichischen Regierung zu verlangen. Der Kredit würde ausreichen, um die Versorgung Oesterreichs mit Nahrungsmitteln und Kohlen für die nächsten fünf bis sechs Monate sicherzustellen.

## Nur zur Revision!

Der preussische Minister Severing hat seinen Drogen-Erlaß zurückgezogen. Diese Maßnahme berührt besonders nach dem heute einseitigen Gutachten des Justizministers über die Drogen äußerst eigenartig. Auf eine Anfrage, die ein Pressereporter an den Vertreter des preussischen Ministers des Innern richtete, gab dieser die Auskunft, daß es sich bei der Zurückziehung des Erlasses nur um eine vorläufige Maßnahme des Ministers Severing handle. Die Zurückziehung wäre lediglich erfolgt, um eine Revision des Gesetzes vom juristischen Standpunkt aus vorzunehmen, danach würde das Verbot wieder in Kraft treten.

Wir sehen dem weiteren Verlauf dieser äußerst seltenen Angelegenheit mit größtem Interesse entgegen.

## Die Entschädigungsfrage.

TU. London, 12. Januar. In einer Pariser Meldung der Westminster Gazette heißt es: Frankreich sei jetzt nach dem Bekanntwerden der englischen Stellungnahme gern bereit, anzuerkennen, daß von einer großen deutschen Entschädigungszahlung gegenwärtig nicht die Rede sein könne. Daher wird Frankreich keine übertriebenen Forderungen stellen, zu deren Durchführung militärische Kraftaufwendung notwendig wäre. Frankreich werde sich auf den Standpunkt stellen, daß es vorläufig mit kleinen Zahlungen zufrieden sein werde und diese auch durch deutsche Lieferungen von Rohmaterialien und Fertigfabrikaten ergänzt werden können. Der von Deutschland verlangte Gesamtbetrag werde dem Versailler Vertrag gemäß wahrscheinlich am 1. Mai bekanntgegeben werden.

## Der Rückgang der Weltmarktpreise.

Die amerikanischen Großhandelspreise, die bis zur Mitte des verflorenen Jahres kräftig in die Höhe gingen, sind bis zum Jahresabschluss ständig und noch weit höher gefallen und stehen gegenwärtig um etwa ein Drittel niedriger als zu Beginn des Jahres 1920. Die englischen Großhandelspreise stiegen gleich im Januar um etwa 10 Prozent. Von der Jahresmitte an gingen auch sie herunter und stehen gegenwärtig etwa 10 Prozent niedriger als zu Anfang des Jahres. Dagegen haben sich die Großhandelspreise in Deutschland, die im Januar im sprunghaften Aufstieg um fast 50 Prozent emporkletterten, nicht nur unter verhältnismäßig geringen Schwankungen gehalten, sondern zeigten gegen Jahresabschluss eine weiter steigende Tendenz. Die Frankfurter Zeitung meint, besonders mit Bezug auf die Weltmarktpreise:

„Die Gründe für diesen sehr bemerkenswerten Rückgang liegen zum Teil in der Unlust auf Wareneinkauf, zum Teil aber auch zweifellos im Beginn der Wiedergesundung auf dem Weltmarkt. In den anderen Ländern sind die Verhältnisse denen in Amerika nicht unähnlich; von überall kommen Berichte über die äußerste Zurückhaltung der Käufer.“

Die Schlussfolgerung auf Wiedergesundung erscheint doch etwas gewagt. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und Amerika ist die Arbeitslosigkeit groß. In England geht die Zahl der Arbeitslosen weit über eine Million in Amerika um 2½ Millionen. Das sieht ganz und gar nicht nach Wiedergesundung aus.

## Hardings „pazifistische“ Pläne.

DA. Washington, 10. Januar. Wie schon gemeldet, plant Harding unmittelbar nach seinem Amtsantritt am 4. März eine internationale Abrüstungskonferenz nach Washington einzuberufen, an der Vertreter sämtlicher Mächte teilnehmen sollen. Diese Washingtoner Konferenz ist als der erste Schritt zur Ausführung von Hardings Weltfriedensprogramm gedacht und soll der Ausarbeitung seines Projektes einer Vereinigung der Nationen, wie er es in seiner Wahlplattform in großen Umrissen gezeichnet hatte, vorausgehen. Harding hatte dieser Tage auch eine Unterredung mit Thomas Butler, dem Präsidenten des Flottenausschusses im Kongress. Das Resultat dieser Konferenz war, daß Harding den Versuch machen will, die Nationen der Welt in einer neuen Liga zu vereinigen. Butler wünscht auch eine Flottenreduktion, wenn aber die Großmächte darauf nicht eingehen wollen, so stellt er ein Flottenprogramm auf, das 400 Millionen Dollars erfordert und das England um 300 000 Tonnen schlägt. Das Heer selbst soll auf 175 000 Mann beschränkt werden.

Stetiglich, wie mir nun einmal veranlagt sind, halten wir es für wahrscheinlicher, daß das 400-Millionen-Dollar-Flottenprogramm Hardings zur Durchführung gelangt, als sein Weltfriedensprojekt.

## Flottenrüstungen.

Nach einer Havasmeldung aus Washington befäht eine in den Händen der amerikanischen Regierung befindliche Uebersicht, daß England bis zum 1. Januar 32 Panzerschiffe und Panzerkreuzer mit einer Gesamttonnage von 811 050 Tonnen besaß. Die Vereinigten Staaten hatten bis zum gleichen Datum 16 Panzerschiffe und Panzerkreuzer mit einem Tonnengehalt von 200 100 und Japan neun Panzerschiffe und Panzerkreuzer mit einem Tonnengehalt von 267 520 Tonnen. Im Jahre 1924 werden die genannten Schiffstypen in den drei Ländern nach den bisherigen Plänen folgendermaßen vertreten sein: England unverändert, die Vereinigten Staaten 27 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 983 000 Tonnen und Japan 18 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 526 920 Tonnen. Man erwartet, daß 1927 Japan 24 Großkampfschiffe mit einer Gesamttonnage von 848 920 Tonnen besitzen wird, während die Streitkräfte Englands und Amerikas unverändert bleiben werden.

## Nordamerikas Furcht vor der Groß-Einwanderung.

Das von der Regierung der Vereinigten Staaten geplante Einwanderungsverbot findet die lebhafteste Unterstützung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, der bei der nächsten Session des Parlaments auf seinen Einfluß zugunsten des Gesetzes geltend machen will. Das geforderte Gesetz soll vorläufig zwei Jahre Gültigkeit haben, jedoch auch später in Zeiten größerer Arbeitslosigkeit, automatisch wieder in Kraft treten, denn „angestrichen von 2 Millionen Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten wird es eine Notwendigkeit, die amerikanische Arbeiterklasse vor den Gefahren der wachsenden Einwanderung zu schützen.“

Neben dieser rein wirtschaftlichen Erwägung ist es mehr noch die Furcht vor dem Zustrom rabidischer Elemente, die die Gewerkschaften — gemeinsam mit der Bourgeoisie — zu diesem Vorgehen treibt.

Die erwartete hohe Steigerung der Einwanderungsziffern ist bislang noch nicht eingetreten, vielmehr ist die Einwanderung im verflorenen Jahr durchaus normal geblieben und betrug — nach Statistiken des amerikanischen Arbeitsministeriums — bis zum 5. November 1920 von den verschiedensten Hälften Europas 475 344 Personen.

Während derselben Zeit verließen 311 380 Auswanderer amerikanische und kanadische Häfen, so daß der Einwanderungsüberschuß sich auf nur 164 005 Personen belief.

Es wird also noch einige Jahre dauern, bis die 13 Millionen deutsche und italienische Einwanderer, deren baldige Ankunft der Einwanderungskommissär vorauszagte, in Amerika eingetroffen sind.

## Der Petroleumkrieg.

DA. Washington, 11. Januar. Im amerikanischen Senat fand eine Diskussion statt, die sich direkt gegen England richtete. Der erste Redner war der Demokrat Mc. Kellan, der über Englands Vorgehen, „Despotismus“ sprach. Er erklärte, daß Amerika das nur den lebenden Teil aller Petroleumfelder der Welt befristet, drei Viertel des gesamten Weltverbrauches produziere. Englands Absicht sei es, Amerika zu zwingen, seine Petroleumquellen zu erschöpfen, damit England später den Markt beherrschen und die Preise diktieren könne. Americas Petroleumquellen würden nach 20 bis 30 Jahren erschöpft sein, wenn die forcierte Produktion fortgesetzt würde. England mache geltend, daß es nicht imstande sei, die im Kriege in Amerika aufgenommenen Anleihen zurückzugeben. Ja nicht einmal dieselben zu versetzen, aber zum Ausfall der Petroleumfelder der ganzen Welt habe England Geld genug. Der Senator Welton schloß sich dieser Ansicht an und verlangte ein Verbot gegen den weiteren englischen Erwerb amerikanischer Petroleumquellen. Eine ganze Anzahl von Rednern richteten nicht minder scharfe Angriffe gegen England und bedienten sich des Bündnisses Englands mit Japan und der irischen Frage, um die gebilligten Versicherungen gegen England zu schleudern.

Jedem marxistischen Politiker war es klar, daß das Kampfbündnis der Weltmächte gegen das imperialistische Deutschland die imperialistischen Gegensätze und Konflikte der einzelnen kapitalistischen Staaten untereinander nicht aus der Welt schaffen könne, sondern ihren imperialistischen Bestrebungen nur einen neuen Impuls geben werde. Tatsächlich sind die Gegensätze schon bei der Verteilung der Beute erwacht und heute tobt bereits zwischen Amerika und England ein erbitterter Kampf um die Beherrschung der Petroleumquellen — augenblicklich handelt es sich um die für die nächste Zukunft äußerst wertvollen Petroleumquellen Mesopotamiens — der seinen kapitalistischen Ausdruck findet im Konkurrenzkampf der beiden weltbeherrschenden Petroleumtrusts, der amerikanischen Standard Oil Company und des englisch-niederländischen Shell-Konzerns, um die Alleinherrschschaft über den Weltmarkt.

## Deutsche Spezialarbeiter für Rußland.

Ein Moskauer Funtspruch meldet: Zur Unterstützung der russischen Industrie ist eine intensive Vorbereitung zur Heranziehung von Spezialisten aus Deutschland in die Wege gefeiert. Es wird beabsichtigt, aus Deutschland 5000 Spezialisten anzufordern, davon 4000 für die Metallindustrie und 1000 für das Volkswirtschaftsministerium für Gesundheitswesen; ferner sollen Spezialisten für die übrige Industrie und für das Landwirtschaftskommissariat herangezogen werden, von denen 100 landwirtschaftliche Spezialisten sein sollen. Um für die Zentralbehörde der landwirtschaftlichen Sonderbetriebe vorbildliche Musterkommunen im Moskauer Bezirk zu organisieren, sind 200 Mann angefordert. Aus Amerika werden außer den bereits eingetroffenen Emigranten, von denen die Mehrzahl schon an der Arbeit ist, weitere größere Transporte erwartet, für die eine Untorkunft für 4000 Mann bereitgestellt ist. Aus den vorher Eingetroffenen ist eine Gruppe von 150 Bergarbeitern für das Donezbecken zusammengestellt worden. Es ist eine Gruppe von Spezialisten für das Motorwesen im Bergbau gebildet worden, in die Arbeiter der amerikanischen Automobilfabrik Ford Aufnahme gefunden haben.

## Polnische Grausamkeiten gegen russische Gefangene.

Wie die Wiener Post aus Moskau meldet, geben russische Flüchtlinge aus Polen haarsträubende Schilderungen von den Zuständen, die in den Lagern der russischen Kriegsgefangenen in Polen herrschen, von der barbarischen unmenschlichen Behandlung und den Grausamkeiten durch die Polen, denen die russischen Gefangenen ausgelegt sind. Die russischen Gefangenen werden grausam geschlagen und gequält, sie sterben in Massen vor Hunger, epidemischen Krankheiten und schlechter Behandlung. Die Schwerverkranken bleiben ohne Pflege zusammen mit allen andern. Die unglücklichen Gefangenen, die vor lauter Schwäche unfähig sind zu stehen, werden durch Schläge gezwungen, die verschiedensten Arbeiten zu verrichten, und gehen unter der schlechtesten Behandlung zugrunde. Sie werden gezwungen, die Latrinen mit den Händen zu reinigen, und dazu grausam gequält. Die sanitären Verhältnisse sind schauderhaft, Laufende von Gefangenen sterben dahin. Wenn die Grausamkeiten nicht aufhören, werde das rote Rußland gezwungen sein, zu Repressalien zu greifen.

## Parteienspaltung auch in Japan.

Tokio. Das vor kurzem erlassene allgemeine Wahlrecht bedeutet einen Wendepunkt für die japanische Arbeiterbewegung: Schien es vor wenigen Jahren noch ein todwürdiges Verbrechen, Sozialist zu sein, so ist heute bereits Gegenstand der Pressedebatten und die Arbeiter sich für parlamentarische oder direkte Aktion entscheiden sollen. Die Gegenparte, die die Diskussion dieser Frage innerhalb der Quai-kai, der Arbeiterpartei, hervorgerufen hat, fanden ihren Ausdruck in einer Parteispaltung, aus der der linke Flügel infolge der monatlichen anhaltenden Wirtschaftskrisis und der Arbeitslosigkeit als der stärkere hervorging.

## Deutschland.

### Vorläufig kein Generalstreik in Köslin.

Eine Versammlung der Betriebsräte der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Köslin hat am Montag beschloffen, vorläufig vom Generalstreik Abstand zu nehmen. Man kam überein, dem Regierungspräsidenten eine Reihe von Forderungen zur weiteren Amtstätigkeit des Rapp-Bürgermeisters Most zu überreichen. Darüber sind Verhandlungen sofort aufgenommen.

### Bollbier statt Brot.

Sämtliche Fraktionen des Reichstages haben eine Anfrage eingebracht, die auf den unhaltbaren Zustand hinweist, daß seit einiger Zeit wieder überall „Bollbier“ ausgehakt wird, während in allen Kreisen der Bevölkerung der Mangel an den aus Gerste zu gewinnenden Nahrungsmitteln (Brot, Mchl. Malztaffe, Graupen, Gerste, Nudeln, Malzextrakt für Kranke und stillende Mütter) bitter beklagt und die bestehende Zwangs- und Notlage von den zuständigen Stellen des Reiches und der Staaten immer und immer wieder anerkannt und betont wird. In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß von den 792 000 zur Verfügung stehenden Tonnen Gerste nicht weniger als 482 000 Tonnen der Herstellung von Bier zugedacht sind, und schließlich die Frage gestellt:

Ist die Reichsregierung bereit, die der Branntweinindustrie in Aussicht gestellte Gerste solange zurückzuhalten, bis die unmittelbare Notwendigkeit durch Gerste (und die Erzeugnisse aus der Gerste) so ausreicht gesichert ist, wie es der Stand unserer Volkswirtschaft gebietet verlangt?

Es ist aber noch sehr die Frage, ob nicht das Bollbier mächtiger ist als sämtliche Fraktionen des Reichstages.

### Wozu Behörden Zeit haben.

Wir haben vor einiger Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß die Außenhandelsnebenstelle für Buchgewerbe eine Art Zensur über die Ausfuhr von Büchern verhängt hat, indem sie die Verladung jedes Buches ins Ausland von einer besonderen Genehmigung abhängig macht. Es handelt sich dabei nicht etwa um eine grobe Ausfuhrverbotsmaßnahme, sondern auch für jedes einzelne Buch, das jemand im Privatverkehr ins Ausland zu versenden gedenkt, muß die Ausfuhrbewilligung der Außenhandelsnebenstelle für Buchgewerbe eingeholt werden. Diese Genehmigung wird angeblich stets erteilt, wenn in dem Buch irgendeine Widmung vorfindbar ist. Diese eigenartige Einrichtung ist offenbar mehr als Schikane. Die Regulierung des Außenhandels kann wahrhaftig nichts mit der Verladung einzelner zu Geschenkzwecken dienender Bücher zu tun haben, und es wird immer wahrscheinlicher, daß auch hier der Einfluß des völlig reaktionären Konjunktions des Auslandsbuchhandels regelt, sich in Art einer politischen Zensur geltend macht.

### Auflösung der Gothaer Landesversammlung.

TU. Gotha, 13. Januar. Der Staatsrat von Thüringen hat auf Antrag der Gothaer Regierung die Landesversammlung aufgelöst und Neuwahlen angeordnet.

### Seranziehung Deutschlands zum Wiederanschluß Frankreichs.

Berlin, 11. Januar. In Berlin sind Vorschläge der französischen Regierung eingetroffen, in denen zum erstenmal von einer aktiven Beteiligung Deutscher am Wiederaufbau Frankreichs die Rede ist.

Unser gestriger Artikel über die Lage in Spanien ist nicht, wie es infolge eines Irrtums des Uebersetzers hieß, von dem Genossen Jabra Ribas, sondern von dem Veteranen der sozialistischen Bewegung in Spanien, dem Genossen Pablo Jalistas, geschrieben.

Keine französischen Kriegsgefangenen mehr in Deutschland. Der französische Kriegsminister hat auf Anfrage eines Kameradmitgliedes zugegeben, daß sich kein französischer Kriegsgefangener gegen seinen Willen in Deutschland aufhalte.

Uebertragung der Wasserstrahlen auf das Reich. In Dresden sind die Vertreter der Reichsregierung und der 15 beteiligten Länder zu einer Konferenz zur Beratung über die Uebertragung der Wasserstrahlen auf das Reich zusammengetreten. Der sächsische Minister Held gab in seiner Begrüßungsrede der Hoffnung Ausdruck, daß das Reich die so überaus wasserwirtschaftlichen Interessen nach Uebergabe der Elbe erfolgreich wahrere und namentlich auch die baldige Ausführung des Leipziger-Elber-Saale-Kanals in Verbindung mit dem Mitteldeutschen durchführe.

Ein Wahlbündnis. Wie die Hannoverische Deutsche Volkszeitung mitteilt, beschloffen die Parteiorganisationen der deutsch-hannoverschen Partei und des Zentrums, daß für die ganze Provinz Hannover für die am 20. Februar stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtage und zum Provinziallandtage ein Wahlbündnis geschlossen werden soll mit der ausdrücklichen Zustimmung, daß es von längerer Dauer sein soll.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Im Zeichen der „Abrüstung“.

Der japanische Gesandte in London erklärte in einer Unterredung, daß Japan für strategische Zwecke 8 schwere Schlachtschiffe und 8 schwere Kreuzer in Aussicht genommen habe. Die Durchführung des Flottenbauprogramms werde sich über mehrere Jahre erstrecken und nach seiner Ausführung wird die japanische Flotte noch immer kleiner sein als die Hälfte der amerikanischen Flotte. — Wie Chicago Tribune aus Washington erzählt, beschäftigt sich der Subgouverneur des Repräsentantenhauses gegenwärtig mit einem Bericht über den Bau von Forts und Küstenbefestigungen am Panamakanal vorsteht. Die Verteidigungswerke sollen mit der besten Welt ausgerüstet werden. Es verlautet, daß der neugewählte Präsident Harding selbst den Ausschuss erlucht hat, einen derartigen Plan auszuarbeiten.

### Die belgischen Sozialisten bringen auf Bekämpfung der Militärbedienstheit.

Wie über Rotterdam gemeldet wird, hat erneut die belgische Sozialistische Partei beschlossen, mit aller Kraft darauf zu dringen, daß die Militärbedienstheit ohne Rücksicht auf die französischen Wünsche und auf das Abkommen mit Frankreich sofort auf sechs Monate heruntergesetzt wird. Die Partei hat an den Präsidenten der Kammer eines Abordnungs geschickt, um diesen zu ersuchen, daß der Antrag des sozialistischen Abgeordneten Boudiers, welcher die sechs-monatige Dienstzeit verlangt, so schnell wie möglich auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

### Erfüllung des Abkommens über Fiume.

Nach einer Meldung aus Vbbona haben sich jetzt 2000 Legionäre die Stadt Fiume verlassen. Ebenso haben sämtliche Kriegsschiffe den Hafen verlassen. Die Legionäre, welche die Inseln Veglia und Arbe besetzt hatten, sind in Fiume gelandet. Das Uebereinkommen zwischen General Caviglia und den Vertretern von Fiume ist somit ausgeführt.

Nachwirkungen von Fiume. Aus Tarent wird dem Messagero gemeldet: Bei der Ankunft von Legionären aus Fiume in Tarent kam es zu Kundgebungen, die schließlich in Schlägereien ausrieten. Eine Person wurde durch einen Schuß verletzt, zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Daraufhin wurde der Generalkriegsrichter verurteilt.

Satzbefehl gegen d'Annunzio. Die Stampa meldet aus Rom, daß die Regierung gegen d'Annunzio einen Satzbefehl erlassen hat. Welche Motivierung dem Satzbefehl zugrunde liegt, ist bis zur Stunde nicht ersichtlich.

Schulpolitik Schwedens. Nach einer Meldung aus Stockholm läßt die schwedische Regierung eine bedeutsame Prüfung der Notwendigkeit provisorischer Schulpflicht für gewisse Industriezweige vornehmen. In Handelskreisen glaubt man, daß dem in den nächsten Tagen zusammentretenden Reichstag ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden wird.

Wieder ein politisches Attentat in Spanien. Aus Valencia wird gemeldet: Als der 3. Jänner 1920 am Freitagabend im Wagen des Theaters verließ, gab ein Duzend Leute gegen 30 Revolverkugeln auf ihn ab, ohne ihn zu treffen. Durch die Schüsse wurden ein Polizist und ein Kind schwer verletzt. Die Angreifer ergriffen sofort die Flucht, und keiner von ihnen konnte gefangen werden.

Erste Unruhen in Indien werden aus der Gegend von Kambali gemeldet. Die Einwohner der dortigen Dörfer haben die Ernte geraubt und die Häuser der Eigentümer beschlagnahmt. Eine große Menschenmenge, darunter auch 2000 eingeborene, versuchten in das Haus eines reicheren Eigentümers einzudringen. Die Polizei schritt jedoch ein, zerstreute die Angreifer und nahm Verhaftungen vor.

## Von Nah und Fern.

Verunfalltes Marinestützschiff. Stockholm, 11. Januar. Ein Marineflugzeug stürzte gestern in den Schären bei Stockholm ab. Die beiden Insassen sind ertrunken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Feilner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Viller, Vordorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipzig Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.



# Inventur- Ausverkauf

in allen Abteilungen

Die gesamten Bestände sind im Preise bedeutend herabgesetzt

Die Preise liegen

**vielfach weit unter Einkauf**

## Kleiderstoffe

- Zephir für Kleider und Blusen, zirka 80 cm breit ..... Meter **16<sup>50</sup>**
- Voll-Voile, weiß und farbig, gute gleichmäßige Ware, Meter 38.-, **37<sup>50</sup>**
- Voll-Voile, bedruckt, aparte neue Muster für Kleider und Blusen, zirka 115 cm breit .... Meter 51.85, **49<sup>30</sup>**
- Blusen-Flanell, mod. Streifenmuster, tadellose Qualität. . . Meter **13<sup>75</sup>**
- Mantelstoffe, moderne Muster in helleren und dunklen Farben, zirka 130 bis 140 cm breit, Meter 85.-, 75.-, **69<sup>00</sup>**
- Cheviot, marineblau, reine Wolle, für Kleider und Röcke, zirka 105 cm breit ..... Meter **55<sup>00</sup>**
- Strapazierstoffe für Kostüme und Durcheinanzüge, ganz hervorragend billig, zirka 140 cm breit ..... Meter 52.-, 36.-, **26<sup>00</sup>**
- Herrenstoffe in bekannt größter Auswahl und nur erstklassigen Qualitäten, 140 bis 150 cm breit ..... Meter 225.- bis **45<sup>00</sup>**
- Mantellamt, „Velour du Nord“, tief schwarz, besonders preiswert, zirka 70 cm breit ..... Meter **65<sup>00</sup>**
- Kleider-Velvet, prima Lindener Hochlor-Qualität in allen Modifarben, zirka 70 cm breit, Meter **87<sup>50</sup>**

## Kinderkleidung

- Knaben-Schulanzüge, Joppenform, mit Gürtel, Alter 3-12 Jahre ..... von 95.- bis **128<sup>00</sup>**
- Knaben-Jackenzüge, Rücken m. Riegel, marine-Überbragen, Alter 3-12 Jahre. . . von 158.- bis **228<sup>00</sup>**
- Mädchenkleider, Wolle oder Baumwolle, von 160.-, 95.-, 72.- bis **55<sup>00</sup>**
- Mädchenmäntel für Sommer od. Winter, von 150.-, 120.-, 95.- bis **65<sup>00</sup>**

## Damenkleidung

- Mäntel a. Wolle für den Übergang ..... 250.-, 175.-, **75<sup>00</sup>**
- Mäntel, Loden oder imprägn. Baumwollcovercoat. .... 345.-, **325<sup>00</sup>**
- Sportjacken, stoff, la Flauch ..... 395.-, **140<sup>00</sup>**
- Caffetjacke, für Konfirmation geeignet. .... **250<sup>00</sup>**
- Kleider, schwarz, zur Konfirmation ..... 235.-, 165.-, **75<sup>00</sup>**
- Kleider, weiß Voile, zur Konfirmation ..... 240.-, 230.-, **89<sup>00</sup>**
- Kleider aus reinwollenem Cheviot, farbig gestickt ..... **365<sup>00</sup>**
- Jackenkleider aus Wollstoff, ganz gefüttert. .... 310.-, **150<sup>00</sup>**
- Jackenkleider aus reinwoll. Stoffen m. Seidenferge gefüt., 725.-, **675<sup>00</sup>**
- Westen a. Baumwollstoff, Leinen oder Samt ..... 195.-, 100.-, **75<sup>00</sup>**
- Blusen, zum Teil Schokblusen, aus feinen Wäschstoffen, 65.-, 45.-, **35<sup>00</sup>**
- Blusen aus Flanell, 75.-, 55.-, **46<sup>00</sup>**
- Blusen aus Chiffon, reich gestickt, mit Güll gefüttert ..... **140<sup>00</sup>**
- Röcke aus Wollstoffen. . 78.-, **69<sup>00</sup>**
- Röcke aus Wäschstoffen. 73.-, **45<sup>00</sup>**
- Röcke aus reinwollenen Stoffen ..... 115.-, **89<sup>00</sup>**
- Morgenröcke aus Baumwollflanell oder Batist. . . 178.-, **135<sup>00</sup>**
- Morgenjacken aus Wollstoff oder Batist ..... 45.-, **28<sup>00</sup>**
- Unterröcke aus Baumwollstoffen ..... 55.-, 32.-, **28<sup>00</sup>**
- Unterröcke aus prima Wollstoffen ..... 150.-, **130<sup>00</sup>**

## Baumwollwaren

- Bemdentuch, gute Qualität, 80 cm breit ..... **12<sup>25</sup>**
- Daulas, 160 cm breit, für Betttücher geeignet ..... **37<sup>00</sup>**
- Nessel, grau, kräftige Qualität, 80 cm breit ..... **12<sup>00</sup>**
- Bemdenbarchent, gestreift, 73 cm breit ..... **11<sup>50</sup>**
- Trottier-Bandtücher, Stück **17<sup>50</sup>**
- Kissenbezüge, 80 x 80 cm, la Linton ..... Stück **24<sup>50</sup>**
- Daulas-Betttücher, Größe 160 x 230 cm ..... Stück **85<sup>00</sup>**
- Servietten, Größe 60 x 60 cm, Halbleinen ..... Stück **14<sup>00</sup>**
- Tischtücher, Größe 130 x 160 cm, Halbleinen ..... Stück **80<sup>00</sup>**
- Staubtücher ..... Stück **2<sup>00</sup>**

## Damenwäsche

- Damenhemd aus gutem Bemdentuch mit Stickereieinsatz. . . Stück **33<sup>00</sup>**
- Damenhemd aus gutem Bemdentuch mit Stickereieinsatz. . . Stück **39<sup>50</sup>**
- Damen-Nachthemden, la Bemdentuch, Stickereieinsatz. Stück **67<sup>50</sup>**

## Schürzen

- Blusenschürzen, blau-weiß gestupfte Gretonne, mit netter Laßgarnitur **26<sup>00</sup>**
- Wiener Schürzen, blau-weiß gestupfte Gretonne, mit großen Lätzen. **23<sup>00</sup>**
- Kinderschürzen in allen Größen, weiß, farbig und schwarz in großer Auswahl.

## Herrenkleidung

- Anzüge, zum Teil weit unter Herstellungspreis. . 960.-, 850.-, 625.-, 560.-, 480.-, 280.-, **185<sup>00</sup>**
- Ufster, Paletots, Raglans 750.-, 695.-, 495.-, 395.-, 295.-, **195<sup>00</sup>**
- Jünglingsanzüge, ein großer, Tosten ..... **150<sup>00</sup>**
- Jünglingsanzüge in farbig und blau. . 650.-, 532.-, 475.-, **330<sup>00</sup>**
- Herren-Lodenjoppen, gute Qualität ..... **195<sup>00</sup>**
- Herren-Sportanzüge, bestehend aus Joppe und Breecheshose ..... 675.-, 400.-, 325.-, **300<sup>00</sup>**
- Wettermäntel .... 395.-, **285<sup>00</sup>**
- Arbeitsjosen, ein Tosten, gestreift ..... 82.-, **62<sup>50</sup>**

## Herrenartikel

- Selbstbinder ..... 12.50, **8<sup>75</sup>**
- Steife Steh- u. Umlegekragen, einzelne Weiten ..... **1<sup>50</sup>**
- Kosenträger ..... 4.25, 3.50, 2.25, 1.75, **1<sup>25</sup>**
- Schleifen für Steh- und Umlegekragen ..... 4.50 bis **1<sup>50</sup>**
- Strickbinder, neueste Dessins, ..... 24.-, 21.-, 17.50, 14.75, **13<sup>50</sup>**
- Weiche Sportkragen 4.25, **2<sup>25</sup>**
- Oberhemden in weiß o. M. . **89<sup>00</sup>**
- Herrenhüte ..... 42.-, **39<sup>00</sup>**
- Matrosen-Kindermützen, versch. Farben, 11.75, 10.50, 8.50, **6<sup>50</sup>**
- Herren-Strohüte, verschied. Formen ..... 24.50, 18.50, **8<sup>95</sup>**
- Kinder-Strohüte, ..... 12.50, 6.95, 4.95, **2<sup>95</sup>**

# Pollich



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. Januar.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung.

Heute, Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus: Sitzung. Die Bezirksleitung.

Alt-Leipzig, Bezirk Süd. Funktionäre und alle tätigen Genossen sind zum Freitag, dem 14. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, zu einer Sitzung eingeladen.

Die Bezirksvertreter.

StBezirk, Freitag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, Funktionäre im Restaurant Grüne Aue, Bernhardstraße 26. Vortrag des Genossen Seidel: Die Lebensmittelversorgung der Stadt Leipzig. Die für diesen Abend angelegte Vorstandssitzung findet deshalb nicht statt.

Frauenagitationskommission Groß-Leipzig, Freitag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus. Zimmer steht an der Tafel.

U. S. V. Arbeitervereine des Südost-Bezirks (einschließlich Müllau, Holzhausen, Probstheida usw.). Morgen Freitag, dem 14. Januar, abends 7 Uhr, im Restaurant Arnold, Ede Hofer- und Thonberger Straße, wichtige Sitzung. Jede Schule muß vertreten sein.

Wichtig, Kursteilnehmer! Die Teilnehmer am Kursus Nationalökonomie legen ihre Tätigkeit in einer Arbeitsgemeinschaft, in der Übungen über Marx Kapital normenommen werden. fort. Lehrer ist Genosse Jensen. Die Stunden finden im Lehrsaal Braustraße 17 statt. Beginn: Freitag, den 14. Januar, abends 7 Uhr. Genossen und Genossinnen, die vorher am Kursus Jensen nicht teilgenommen haben und Wert auf diese Arbeitsgemeinschaft legen, werden ersucht, sich in der Geschäftsstelle des Arbeiterbildungsinstituts zu melden. Die Teilnehmerkarte zum Preise von 5 Mk., die für alle zehn Abende gilt, wird Freitagabend eingelöst.

Aug. Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Ein dreifaches Polizeistückchen.

Die Polizei hat das Plakat verboten, daß von der USP. zu den Sonntagsversammlungen angeschlagen werden sollte. 2 Jahre nach Ausbruch der Revolution erdreißet sich die Polizei, den Zensur zu spielen und ein Plakat wegen seines politischen Inhalts zu verbieten. Dabei hat die Polizei überhaupt keine gesetzliche Grundlage für eine solche Zensurmaßnahme. Nach der Verfassung besteht in Deutschland das unbeschränkte Recht der Meinungsäußerung, Artikel 118 der Verfassung sagt ausdrücklich: Eine Zensur findet nicht statt. Die Polizei hat also überhaupt nichts zu verbieten. In Leipzig aber wird diese verfassungswidrige, engstirnige Polizeimanier zur praktischen Wirklichkeit. Entgegen der Verfassung sagt der Polizeichef: Eine Zensur findet doch statt!

Die Stadtverordnetenfraktion der USP. nahm in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung Gelegenheit, mit einem Dringlichkeitsantrag die stöckreaktionäre, kleinliche Schikane des Polizeidirektors in aller Öffentlichkeit gründlich zu beleuchten. Zur Information der Stadtbürger und zum Aerger des Rates hatten unsere Genossen das schöne rote Plakat auf den Tisch des Hauses niedergelegt, wo es lebhaft gelesen wurde. Bei dem Plakatverbot stützt sich der Polizeidirektor auf einen Ratsbeschluss vom 5. Mai 1920, nach dem an die Plakataufhänger nur noch Plakate zu wirtschaftlichen Zwecken, nicht aber Plakate mit politischem Inhalt angeklebt werden sollen. Der Polizeidirektor sagt nun: Das Plakat der USP. hat politischen Inhalt, folglich ist es verboten. Der Dringlichkeitsantrag der USP. verlangte daher die unverzügliche Aufhebung jenes Ratsbeschlusses; begründet wurde der Antrag vom Genossen Siebmann. Der Redner stellte zunächst fest, daß an dem Plakat nichts auszusehen sei, daß es nur längst bekannte politische Wahrheiten ausspreche und keinerlei staatsgefährliche Aufforderungen enthalte. Offenbar leidet aber der Polizeidirektor an Rotzsch, er kann wahrscheinlich die schöne rote Farbe des Plakates nicht vertragen. In der Zeit der schwärzesten Reaktion, während des Krieges, unter dem Belagerungsstand, wurden solche Plakate nicht verboten. Heute aber haben wir es glücklich so weit gebracht, daß eine hohe Obrigkeit, gestützt auf einen unerforschlichen Ratsbeschluss, ein solches Plakatverbot ergehen läßt, angeblich, um die Ruhe der friedlichen Einwohnerschaft nicht stören zu lassen. Damit wird Leipzig weit über seine Grenzen hinaus lächerlich gemacht. Die Arbeiterschaft empfindet ein solches Verbot als eine Begünstigung der Reaktion. Damit wirkt der engstirnige Polizeigeist nur aufreizend. Es spricht nicht gerade für ein großes Maß von Intelligenz, wenn die Polizei mit solchen Verböten gegen die Arbeiterschaft vorgeht und sich dabei noch einbildet, für die Ruhe der Einwohnerschaft zu sorgen. Im übrigen soll die Polizei, die so reaktionär auftritt, der Teufel holen!

Dem Polizeidirektor war bei dieser Rede nicht wohl. Er sah wie auf Kohlen, schüttelte mit dem Kopfe, wurde einmal rot und einmal blaß. Seine Lage wurde nicht besser, als Herr Bärner, der Deutschnational, ihm zu Hilfe kam. Bärner versicherte, er sei ein Freund der Freiheit, aber das Plakat sei zu rot und aufreizend. Dann leierte er seine bekannte Judenfresserei herunter, er andete wieder einmal mit einem vollen Erfolg: Stürmische Heiterkeit! Der Polizeidirektor bemühte sich krampfhaft, die ganze Angelegenheit nicht als Zensur, sondern „als Zweckmäßigkeitsfrage“ zu behandeln, wobei er notwendigerweise einen logischen Wurzelbaum nach dem andern schoß. Er sagte: Sie können zu den Versammlungen einladen, Sie brauchen ja nur die politischen Ausführungen auf dem Plakat wegzulassen. Das nennt der Mann „keine Zensur“!

Datte schon der Polizeidirektor mit diesen Argumenten keinen Eindruck erzielt, so wurden sie noch vollends zertrütert durch die herzerzitternde Deutlichkeit des Professors Herz, der klipp und klar erklärte: „Wir (die Demokraten) hätten zwar keinen Anlaß, uns für das Verbot des Plakates auszusprechen, aber der Ton des Plakates ist der Ton der Leipziger Volkszeitung, und daher sind wir für das Verbot.“ Es ist ganz überflüssig, besonders hervorzuheben, daß der erstere, unverfälschteste Dunkelmann des Kollegiums, der Parzer Nereias, ebenfalls für das Verbot eintrat. Mit ein paar knappen Sätzen stellte der Rechtssozialist Pollender den Demokraten Herz an den Pranger. Pollender sagte kurz, daß seine Rede ein demokratischer Eierkuchen und seine Haltung für einen Demokraten schimpflich sei, was dem demokratischen Vizepräsidenten Dr. Junck einen un-

artikulierten Ausruf der Entrüstung entlockte. Damit war aber nur bestätigt, wie treffend die Kennzeichnung saß. Bei der Abstimmung traten die bürgerlichen Herren und Damen geschlossen gegen den Antrag der USP. auf. Nur zwei Herren von den Demokraten, die sich Arbeitervertreter nennen, der Gewerkschaftssekretär Sauer und der Brauer Grethlein, hatten nicht den Mut, sich nach rechts oder nach links zu entscheiden, sie retteten ihre Demokratenseele vor der Abstimmung aus dem Saale. Gegen 27 Stimmen wurde der Antrag der USP. angenommen. Man darf nun gespannt sein, ob der Rat so rechtzeitig zu dem Beschluß des Kollegiums Stellung nimmt, daß das verbotene Plakat noch angeschlagen werden kann. Die Arbeiter werden dem Polizeidirektor am Sonntag beweisen, daß sie sich mit solchen kleinlichen Schikanen in ihrer politischen Betätigung nicht stören lassen. Sorgt für Massenbesuch der Versammlungen.

Die übrige Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung war ebenso umfangreich wie wichtig.

Beim Konto fürorgewesen übte die Genossin Thiel an der Praxis mancher Armenpfleger eine Kritik, die in den Reihen der bürgerlichen schwarzen Widerprüch fand. Die Genossin Schilling beleuchtete die Praktiken des Verbandes für weibliche Jugendpflege, der sich als ein Bollwerk gegen die sozialistische Jugendbewegung aufstellt. Selbstverständlich wurde diesem Verband die geforderte Unterstützung von 4000 Mk. abgelehnt. Zu einer längeren Aussprache führte ein Vorstoß der Hausbesitzerpartei gegen die Abfuhr der Müllabfälle, die sie seit jeher bekämpft haben. Stadtrat Hofmann sagte den Herrschaften manche Wahrheiten und Genosse Dr. Popitz trat aus ärztlichen Gründen für eine straffe Regelung der Müllabfuhr ein. Beim Konto „Feiträge für gemeinnützige Zwecke“ gab es tausend und einige Wünsche, danach wurde der größte Teil der Tagesordnung in später Abendstunde unerledigt abgelehnt!

Die Bedingungen für die Ausgabe von Straßenbahn-Wochenkarten.

1. Wochenkarten werden ausgegeben an männliche und weibliche Arbeiter, Angestellte und Beamte mit einem Lohn- oder Dienstlohn bis zu 20.000 Mk. jährlich.
2. Die Karten gelten für 12 Berufsreisen zwischen Wohnung und Arbeitsstelle an den sechs Werktagen einer Woche (eine Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstelle, eine Fahrt zurück). Sie berechnen jedesmal entweder zu einer einfachen Fahrt oder zu einer Fahrt mit einmaligem Umsteigen.
3. Wird die Karte für eine Fahrt innerhalb der vorgeschriebenen Zeit nicht benutzt, so verfällt sie für die betr. Fahrt. Ebenso ist sie an Wochenfeiertagen ohne Anspruch auf Ersatzleistung nicht gültig. Erlaubt wird ferner nicht geleistet für ausfallende Fahrten infolge Betriebsstörungen und für event. Gepäckverlust auf der Straßenbahn. Bei Betriebsstörungen wird ein Ersatz nur dann geleistet, wenn mindestens zwei Fahrten durch dieselbe ausfallen.
4. Die Karten sind beim Bekleiden des Wagens unaufgefordert dem Schaffner zur Entwertung auszuhandigen.
5. Die Ausgabe der Karten erfolgt durch den Arbeitgeber, der sie bis Mittwoch jeder Woche bei der Straßenbahn-Verwaltung zu bestellen und bis Sonnabend an der Zeitkarten-Ausgabestelle der Straßenbahn (Zeitzer Straße 12) gegen Barzahlung abzunehmen hat. Der Arbeitgeber übernimmt die Verantwortung dafür, daß die Karten nur an Arbeiter, Angestellte und Beamte ausgegeben werden, die ein Einkommen von nicht mehr als 20.000 Mk. jährlich haben. Wegen der Unübertragbarkeit der Karten ist ihre Gültigkeit an den Eintrag des Namens und des Alters des Inhabers sowie an den Namen des Arbeitgebers (Firmenstempel) auf der Karte geknüpft.
6. Die abgelaufenen Karten sind an die Ausgabestelle zurückzugeben.
7. Nur die Betriebe erhalten Karten für ihre Arbeiter und Angestellten, welche sich verpflichten, eine Staffelung der Arbeitszeit in Uebereinstimmung mit den Nachbarbetrieben nach den Vorschlägen der Straßenbahn-Verwaltung vorzunehmen.
8. Für infolge Beschädigung nicht mehr verwendbare, verlorene, eingegangene oder aus irgendwelchen Ursachen nicht benutzte Karten wird keinerlei Ersatz gewährt.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Weitere Erhöhung der Gaspreise. Die vom 1. Januar 1921 ab einzutretende Erhöhung der Preise für flüssige und feste Gase macht eine entsprechende Erhöhung des Gaspreises erforderlich. Es wurde beschlossen, mit Wirkung vom 1. Februar d. J. ab den Gaspreis von 1.66 Mk. auf 1.74 Mk. für den Kubikmeter zu erhöhen, so daß der neue Preis für den Verbrauch zu zahlen ist, der auf den am 1. Februar 1921 beginnenden Zählerablesungen beruht. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu geben.

Ein Ermittlungsamt. Der Vorlage über Errichtung eines Ermittlungsamtes wurde zugestimmt. Dieses Amt wird den größten Teil der von den verschiedenen Abteilungen bisher selbst vorgenommenen Ermittlungen übernehmen. Durch diese Zusammenfassung werden wesentliche Vereinfachungen und damit auch Ersparnisse erzielt.

Das Kinderkrankenhaus beschloß man nach den Vorschlägen des Fürorgewamtes in städtische Verwaltung zu übernehmen.

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig im Monat Dezember 1920.

Die Zahl der Erwerbslosen, die am Schlusse des Monats die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen, ist gegenüber dem Vormonat von 11.529 auf 11.857, demnach um 328 gestiegen, die der Lohnsuchenden um 1.000 auf 11.857, demnach um 279 auf 1668, um 1056 zurückgegangen.

Bei sämtlichen Abteilungen des Arbeitsamtes waren mit dem am dem Vormonat übernommenen Reste 20.239 (im Vormonat 20.794) Arbeitsuchende, 16.568 (16.838) männliche und 3670 (4188) weibliche, vorhanden. Den männlichen Arbeitsuchenden konnten 5079 (8394), davon 325 auswärts, und den weiblichen 2218 (2879), davon 87 auswärts, Stellen angeboten werden. Befehlt wurden insgesamt 6648 (8533) Stellen, und zwar 4740 (6010) mit männlichen und 1908 (2523) mit weiblichen Personen; 222 Männer und 85 Frauen wurden auswärts in Arbeit gebracht. Auf 100 männliche Arbeitsuchende entfielen 80,8 (82,2) und auf 100 weibliche 60,3 (60,6) offene Stellen; die Unterbringungsmöglichkeit gestaltete sich demnach für beide Geschlechter namentlich unter dem Einfluß der Feiertage wesentlich ungünstiger als im Vormonat. Einen starken Anteil an dem Ausfall von 1895 befielen Stellen gegenüber dem Vormonat hatte der umfangreiche Ausfall in der Metallindustrie. Die Fachabteilung dieser Industrie konnte es mit den 482 befehlten Stellen nur auf etwa ein Drittel der sonst üblichen Stellenvermittlung bringen.

Von den 2103 Arbeitsuchenden des Baugewerbes konnten dank der milden Witterung 658 (933), davon 78 auswärts, Arbeit erhalten und von den 257 erwerbslosen Steinsehern wurden 125 (12) wieder eingestellt. Auch die Fachabteilungen des Wäcker-, Brauer- und Dachdeckergewerbes, der Landwirtschaft und der Textilindustrie erzielten bessere Vermittlungsergebnisse als im November. In allen anderen Abteilungen ging die Tätigkeit, in einigen recht erheblich, zurück, z. B. im Buchbindergewerbe von 888 befehlten Stellen auf 208, in der Holzindustrie von 493 auf 244, in der Abteilung für kaufmännische Angestellten, die für das Weihnachtsgeld im November eine große Zahl von Ausschlußkräften vermittelt hatte, von 564 auf 291, in der Abteilung für Hilfsarbeiter im Handels- und Transportgewerbe von 454 auf 194. Selbst im Gastwirts- und Musterergewerbe blieb die Stellenvermittlung hinter der des Vormonats etwas zurück. Im Schneidergewerbe konnten von den 189 (183) männlichen Arbeitsuchenden nur 33 (82) und von den 420 (286) weiblichen 63 (115) und von den 83 (61) Schuhmachern nur 8 (20) in Arbeit gebracht werden. Ungünstiger gestaltete sich auch die Arbeitsmarktlage für die ungelencnten Arbeiter! So sank die Zahl der vermittelten Stellen in der allgemeinen männlichen Abteilung von 815 auf 463 und in der Abteilung für männliche Jugendliche von 820 auf 260. Dagegen hoben sich in der allgemeinen weiblichen Abteilung die Stellenvermittlungen von 692 auf 748. In der Abteilung für weibliche Jugendliche wurden 175 Stellen, 93 weniger als im November, befehlt. Der Abteilung für Hausangestellte wurden 254 (298) Stellen gemeldet und davon 128 (187) befehlt. Der Abteilung für Erwerbsbeschränkte sind jetzt 584 Arbeitsuchende zugewiesen, von denen 85 Arbeit erhielten; die wenigen Stellen sind mit großen Mühe ermittelt worden.

Aufhebung der Benzinbewirtschaftung. Durch die Bekanntmachung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 22. Dezember 1920 - R.G.Bl. S. 2164 u. 2165 - sind die Höchstpreise und die Benzinbewirtschaftung aufgehoben worden. Alle bei der Betriebsstoffstelle der Verkehrsabteilung des Polizeiamtes eingereichten Anträge auf Freigabe von Benzin finden hierdurch ihre Entscheidung. Die Bewirtschaftung des Benzols bleibt wie bisher weiter bestehen. Infolge der zur Verfügung stehenden geringen Benzolmengen können bei der Verteilung nur Lastkraftwagen berücksichtigt werden. Anträge auf Freigabe von Benzol sind unter Beibringung der Zulassungsbescheinigung bei der Betriebsstoffstelle der Verkehrsabteilung, Dittirichring 3, E. I., Zimmer 5, zu stellen.

Stadtwart für Leibesübungen. Montagabend fand im Zoologischen Garten eine gemeinsame Sitzung des Arbeitersportrates mit der Leipziger Ortsgruppe des Reichsausschusses für Leibesübungen statt. Zweck der Zusammenkunft war die Gründung eines

**Gedächtnistag aller  
Revolutionsoffer**

**ist der 16. Januar.**

An diesem Tage veranstaltet die **USP. Groß-Leipzig** vormittags 10 Uhr

**6 große  
öffentliche Versammlungen**

Die gesamte Arbeiterklasse wird am Jahrestag der Ermordung von **Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg** das Andenken der erschlagenen Revolutionenkämpfer ehren und

**deshalb für Massenbesuch  
der Versammlungen werben**

**Freidenkerschulen.**

Dem Rat der Stadt Leipzig ist folgende Eingabe zugegangen: Nachdem durch die Entscheidung des Reichsgerichts die gesetzliche Grundlage für die Neuordnung bzw. Umgestaltung des Religionsunterrichts in den Schulen Sachsens klargestellt ist, haben folgende Verbände:

1. die Freireligiöse Gemeinde zu Leipzig,
2. der Bezirk Groß-Leipzig des Zentralverbandes der proletarischen Freidenker Deutschlands und
3. die Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Monisten-Bundes zur Schlußfrage Stellung genommen und bringen folgende Entschlüsse zur Kenntnis des Rates der Stadt Leipzig:

1. Die genannten Verbände vertreten die gleiche Weltanschauung im Sinne des Artikels 146 der Reichsverfassung und beantragen bei Neuordnung des Unterrichts die durch die Reichsverfassung gewährleisteten Rechte.
2. Die genannten Verbände fordern auf Grund der Verfassung für die Kinder ihrer Mitglieder einen durch alle Klassen durchgeführten Lehrplanmäßigen Unterricht in ihrer Weltanschauung, der durch vom Staat angestellte und besoldete Lehrkräfte erteilt wird.

Die praktische Durchführung kann in drei Weisen erfolgen:

- a) Es werden Schulen als Freidenkerschulen eingerichtet, entsprechend den christlichen Bekenntnisschulen.
- b) In einer Anzahl Schulen werden Klassenzüge für die Kinder der Freidenker gebildet.
- c) Es werden Gemeinschafts(Simultan)schulen geschaffen, in denen eine Trennung der Kinder nur in dem Unterrichts der Religion bzw. Weltanschauung stattfindet.

Welcher Weg gewählt wird, ist eine schultechnische Frage, die für die genannten Verbände erst in zweiter Linie steht.

3. Die in Artikel 146, Abs. 2 der Reichsverfassung gemachten Bedenken treffen für die Leipziger Verhältnisse nicht zu, da für die Kinder der Freireligiösen Gemeinde zu Leipzig schon jahreslang ein Weltanschauungsunterricht, vom Staate als Religionsunterricht anerkannt, stattgefunden hat; desgleichen von den proletarischen Freidenkern an verschiedenen Schulen. An Lehrkräften steht der Sprecher der Freireligiösen Gemeinde zu Leipzig, der bisher den genannten Unterricht erteilt, sowie die Lehrer, die für den Verband proletarischer Freidenker bisher den Unterricht erteilten, und im Bedarfsfalle zahlreiche Lehrer und Lehrerinnen aller Schulstufen, die in den genannten Verbänden organisiert sind, zur Verfügung.

Die oben angeführten Verbände beantragen auf Grund von Artikel 146, Abs. 2 der Reichsverfassung Berücksichtigung ihrer Wünsche bei Neuordnung des Religionsunterrichts in den Leipziger Schulen.







halten habe. Sie verkennt nicht die starken Bemühungen des Leiters des Jugendamtes, dem aber die Fachkenntnisse von Grund auf mangelten. Das Arbeitsgebiet habe sich ungeheuer vermehrt. Räume und Beamten mangelten. Die Rednerin kritisiert eingehend die herausgegebenen Berichte und tritt für Schaffung von Waldstrippen ein.

**Stadtv. Meißner:** Die meisten Ausführungen gehörten eigentlich in die Ausschüsse. Die Stadt hat es nie an Aufwendungen fehlen lassen.

**Frau Stadtv. Schilling:** Der Verband für weibliche Jugendpflege wurde 1913 ins Leben gerufen, um eine einheitliche Gestaltung der Fürsorge für Mädchen herbeizuführen. Aus zwei Briefen, die die Rednerin verliest, geht deutlich hervor, daß sich die Gründung gegen die sozialistischen Jugendorganisationen richtete. Diese waren die ersten, die auch die weibliche Jugend organisierten. Sie haben ihr sozialistisches Ziel nie verleugnet, wie dieser angeblich neutrale Verband die seinen, und haben ihre Aufgaben stets aus eigenen Mitteln bestritten. Mit kleinen Vereinen und kleinen Mitteln können die großen Aufgaben der Mädchenfürsorge nicht gelöst werden. Etwas Einheitliches kann vielleicht durch Anschluß an die Fach- und Fortbildungsschulen geschehen. Wir lehnen die Mittel für den Verband ab. — Wir wünschen, daß die Zentrale für Jugendfürsorge Hand in Hand mit dem Jugendamt arbeitet. Da ihre Mittel nicht ausreichen, bitten wir den Rat, eine Lösung zu finden, die im Interesse der Förderung der Jugend liegt.

**Stadtv. König:** tritt für Schaffung von Landjugendheimen ein.

**Einen dringlichen Antrag:** Der Rat möge das Verbot, Plakate politischen Inhalts an die Plakatsäulen anzuschlagen, aufheben, begründet Stadtv. Niebmann: Der Rat hat sich einen Schildbürgerstreich geleistet und bewiesen, daß Leipzig eine Stadt mit strengem Polizeigeist ist, in der die Meinungsfreiheit unterdrückt wird. Wir hatten die Absicht, zu Demonstrationen einzuladen, die das Andenken Liebknechts und Luxemburgs ehren und zugleich gegen die vielen reaktionären Vorstöße protestieren sollen. Dazu wollten wir durch Plakat einladen. Es hatte den Vorzug, vor auszugehen und wurde wahrscheinlich deshalb verboten, mit der Begründung, der Rat habe am 5. Mai 1919 beschlossen, den Anschlag von Plakaten mit politischem Inhalt zu verbieten. Das ist eine Beeinträchtigung der Rede- und Meinungsfreiheit. Wenn der Rat in seiner hohen Weisheit beschließt, der Friede der Bevölkerung dürfe durch den Anschlag von Plakaten nicht gestört werden, so ist das ein Zustand, mit dem wir uns vor ganz Deutschland lächerlich machen. Er muß sofort geändert werden. Es ist Tatsache, daß auch in den schwärzesten Zeiten des Krieges uns niemals ein Plakat verboten wurde; erst jetzt kommt man dazu. Das wird bei den Arbeitern den Eindruck erwecken, das Polizeiamt will nicht dulden, daß der Tag der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs bekannt wird. Geschichtliche Tatsachen sollen in Leipzig verdeckt werden. Wir fordern, daß der Beschluß sofort aufgehoben wird.

**Stadtv. Börner:** Wir sind zwar für Meinungsfreiheit, nicht aber für Aufhebung.

**Polizeidirektor Kubitz:** Von Unterdrückung der Meinungsfreiheit kann keine Rede sein. Er erinnert an die unerschrockenen Kämpfe des Bürgerausschusses an den Plakatsäulen, die den Ratatschlag gezeitigt hätten. Die Säulen sollten nur zu Anschlägen für wirtschaftliche, nicht für politische Zwecke zur Verfügung stehen. Bekanntmachungen ohne politische Ausführungen können Sie bringen. Bei Wahlen stehen die Säulen auch für Plakate politischen Inhalts zur Verfügung. Es handelt sich nicht um eine Polizeimaßnahme, sondern um eine Zweckmäßigkeitfrage.

**Rätevorsitzer Bollender:** Das ist ein unglaublicher Zustand. Die Behörde kann nur aus verfassungsrechtlichen Gründen ein Verbot erlassen. Der Rat verbietet jeden öffentlichen Anschlag außer an den Plakatsäulen und jetzt verbietet er auch noch einen Anschlag an die Säulen.

**Stadtv. Niebmann:** Der Polizeidirektor hat bestätigt, daß wir jetzt einen schlimmeren Zustand haben als im Kriege. Nach seinen Darlegungen können auch den Gewerkschaften alle Plakate verboten werden. Der Polizeidirektor gibt zu, kein Recht zur Zensur zu haben, übt sie aber doch in der Praxis aus.

**Stadtv. Herz:** Was in der Volkszeitung steht, könnte auch an den Plakatsäulen stehen. Man merkt aber dem Plakat an, daß es darauf ankommt, das Gedächtnis der Toten zur Aufpeisung der Massen zu benutzen. Sein Zweck ist, die Bourgeoisie zu verhöhnen. Meine Freunde werden deshalb gegen den Antrag stimmen.

**Stadtv. Jecemias:** Wir freuen uns, daß das Plakat verboten ist.

**Bollender:** Der Inhalt bietet keinen Anlaß zum Verbot. Man muß es schimpflich verurteilen.

Der Antrag wird gegen 27 Stimmen angenommen.

Bei Konto 25: Gesundheitsamt, entspinnt sich eine lange Debatte über die Zwangsbewirtschaftung der Küchenabfälle und das Mischfutterwerk.

**Stadtrat Hoffmann** kennzeichnet den Widerstand der Hausbesitzer gegen die Verarbeitung der Speisereste zu Kraftfutter, der sich wie ein Mehlwurm an jeden Fortschritt hänge.

**Stadtv. Heinze** bestreitet die Angaben Hoffmanns.

**Stadtv. Popitz:** Die Zwangsbewirtschaftung der Speisereste muß auch vom hygienischen Gesichtspunkte betrachtet werden. Wir lehnen den Antrag der Ausschüsse auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung ab.

Dem Konto wird zugestimmt, der Antrag auf Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung mit 34 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Dem Stadtbetriebsrat soll auf der Rattribüne Sitz- und Redegelegenheit gegeben werden.

Bei Konto 7: „Beiträge für gemeinnützige Zwecke“, werden eine ganze Anzahl Anträge zur Unterstützung von Kräutlingen, Turn- und Sportvereinen gegen die Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. — Ein Antrag, Verstaatlichung des Konservatoriums betreffend, wird den Ausschüssen überwiesen.

## Sächsischer Landtag.

Außer zwei kurzen Anträgen standen gestern im Plenum einige Vorlagen zur Beratung, die — da ihre Einbringung auf dringenden Bedürfnissen beruhte — zu keinen größeren Auseinandersetzungen Veranlassung gaben. Besonders bemerkenswert war nur die Art, wie die Kommunisten wieder einmal die Interessen der Arbeiterklasse wahrten. In einer Regierungsvorlage wurde abermals verlangt, die Mandatsdauer der Mitglieder des Landeskultrats, dieser exreaktionären agrarischen Interessenvertretung, zu verlängern, weil die Reichsregierung die Länder erzwungen habe, mit Änderungen der Vorschriften über die Zusammenfassung von Wirtschaftsausschüssen in den Ländern zu warten, bis das Reich die Frage geregelt habe. Unser Redner, Genosse Müller, wendete sich gegen dieses Entgegenkommen in der Regierungsvorlage. Die Reichsregierung zeige nicht die geringste Neigung, den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Deshalb liege gar kein Grund vor, immer wieder zu warten und den Landeskultrat in der alten Form weiterbestehen zu lassen. Es müsse, wie in Preußen, versucht werden, sofort eine Änderung herbeizuführen, um auch auf das Reich einen Druck auszuüben. Deshalb wurde beantragt, die Vorlage an den Rechtsausschuß zu überweisen, der sie in diesem Sinne weiter behandeln sollte.

Selbstverständlich ging das der Rechten wider den Strich. Sie beantragte, die Vorlage sofort in Schlussberatung zu nehmen. Der Deutschnationale Schmidt aus Freiberg präsidierte das Wahl-

recht zum Landeskultrat als außerordentlich demokratisch und bekämpfte den Antrag auf Überweisung an den Ausschuß. Das war von seinem Standpunkt aus ganz begründet. Ueberausend war aber, daß die Kommunisten die gesamte reaktionäre Rechte durch Ablehnung unfers Antrags unterzählten. Für die kommunistischen Vertreter im Landtag scheint es überhaupt nur einen einzigen Grundsatz zu geben, an dem sie unbedingt festhalten: Immer gegen die Anträge der USP. und SPD. zu stimmen, damit sie nicht etwa in den Verdracht kommen, mit den sozialdemokratischen Parteien, die sie den Massen als „Arbeiterverräter“ denunzieren, zu paktieren. Mögen dabei selbst alle sozialistischen Grundsätze und die Interessen der Arbeiterklasse zum Teufel gehen. Daraus mag man ersehen, wie ernst es den kommunistischen Verleumdern mit dem Herstellen der proletarischen Einheitsfront ist.

10. Sitzung.

Dresden, 12. Januar.

Die Sitzung beginnt kurz nach 1 Uhr. Es liegen zunächst einige

### kurze Anfragen

vor. Auf eine Anfrage Arzt u. Gen. (Soz.), welche Maßnahmen die Regierung getroffen habe, um die bei der Verelichung der Staatsbahnen in Aussicht gestellte Schaffung eines Landes-Eisenbahnrats zu verwirklichen, antwortet Ministerialdirektor Dr. Klein, daß die sächsische Regierung eine Verordnung bezüglich der Zusammenfassung dieser Körperschaft vorgelegt habe, insofern dieser je 10 Vertreter des Handels, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer angehören sollen, doch stehe die Zustimmung des Reichsverkehrsministeriums noch aus.

Weiter gibt Ministerialdirektor Dr. Schulte auf eine Anfrage Hofmann (Dnat. Vp.) zu, daß tatsächlich Mängel im Staatsarchiv aufgetreten wären, weil wegen Mangel an Heizmaterialien in den Betonhöhlen Feuchtigkeit entstanden war. Die Urkunden seien aber in den Schränken durchaus einwandfrei aufgehoben und überdies seit Oktober v. J. ein Beamter angestellt, dessen Aufgabe die Sichtung der Urkunden sein werde. Dann kommen noch mehrere kleinere Gesetzentwürfe zur Beratung.

Die Vorlage über den zwischen Sachsen und den ehemaligen Fürstentümern Reg. u. L. und Reg. v. L. über den Anschließ der Fürstentümer an das sächsische Oberverwaltungsgericht abgeschlossenen Staatsvertrag wird nach unweichtlicher Debatte unverändert verabschiedet.

Zu einer längeren Debatte führte der Gesetzentwurf über eine weitere Verlängerung der Wahldauer der Mitglieder des

### Landeskulturrats

und des Ausschusses für Gartenbau beim Landeskultrat.

**Hofmann (Soz.):** Dem Landeskultrat hätten bedeutende Mängel an. Auf technischem Gebiet hat er wohl fortschrittlich gewirkt, aber auf sozialem Gebiet ist er eine zurückgebliebene Institution geblieben. Auffällig ist, daß die Beamten und Arbeiter bis jetzt keine Vertretung in dieser landwirtschaftlichen Berufsorganisation gehabt haben. Auch die Genossenschaften sind bis jetzt ganz ungenügend vertreten gewesen. Wir halten auch eine Vertretung des Siedlungswesens und der Arbeitsgemeinschaft für notwendig. Der Landeskultrat ist bisher nur eine beratende, begutachtende Körperschaft gewesen, er sollte aber zu einer Institution ausgebaut werden, die Befugnisse hat, in landwirtschaftliche Betriebe einzugreifen, deren Betrieb es an einer intensiven Bewirtschaftung fehlen lassen. Da diese landwirtschaftliche Berufsorganisation auch bei einer entsprechenden Vertretung der Beamten und Arbeiter, sowie der Genossenschaften doch immerhin eine Interessenvertretung bleiben wird, sei es notwendig, daß ein Gesetzentwurf durch Errichtung von Bezirksamtern geschaffen wird. Redner beantragt die Weiterberatung der Vorlage im Rechtsausschuß.

**Hofmann-Weiß (USP.):** Wir stimmen dem Antrag auf Ausschließung zu, weil wir grundsätzlich der Verlängerung der Legislaturperiode widersprechen. Es muß vielmehr ein Druck auf die Reichsregierung, die anscheinend gar kein Interesse an der Umwandlung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung hat, ausgeübt werden, schleunigst ein solches Gesetz zu schaffen, sonst ist zu befürchten, daß uns nächstes Jahr wieder eine solche Vorlage zugeht. Eine ähnliche Begründung wie in der jetzigen Vorlage hat uns schon voriges Jahr vorgelegen. Bei der Reichsregierung besteht offensichtlich keine Neigung, den arbeitenden Klassen eine Vertretung in den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen einzuräumen.

**Hofmann (D. Vp.):** Da es sich bloß um eine Verlängerung der Legislaturperiode handelt, sehen wir davon ab, heute grundsätzlich zu der Frage Stellung zu nehmen. Jedemfalls muß der kleinere und mittlere Grundbesitz und der Gartenbau eine härtere Vertretung finden. Die Angelegenheit ist auch dringlich, weil der Landeskultrat jetzt sehr einseitig zusammengesetzt ist.

**Hofmann (D. Vp.)** ist mit der Verlängerung der Legislaturperiode einverstanden, auch mit der Ausschließung.

**Hofmann (Rom.):** Wir werden die Vorlage ablehnen, weil wir nicht billigen können, daß eine Institution, die nur die Interessen des Großgrundbesitzes vertritt, noch weiter bestehen soll.

**Hofmann (Dnat. Vp.)** nimmt den Landeskultrat in Schutz und warnt vor Zwangsmassnahmen gegen landwirtschaftliche Betriebe, weil dann die Produktion noch weiter zurückgehen werde.

**Ministerialrat Dr. Sala:** Die Ausschlußberatung bedeute eine Verzögerung in der Verabschiedung der Vorlage. Die Folge sei, daß man vorläufig überhaupt keine landwirtschaftliche Berufsvertretung habe. Man sollte keineswegs annehmen, daß der Landeskultrat als landwirtschaftliche Berufsorganisation nun bis Ende 1921 fortbestehen sollte, er werde wahrscheinlich schon eher seine Tätigkeit einstellen. Die sächsische Regierung werde erneut in Berlin um schleunigen Erlaß des Rahmengesetzes vorstellig werden und, sobald dieses heraus sei, die Bewahlen anderaumen.

Da die Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien stimmen, wird die Ausschlußberatung abgelehnt, doch muß nun noch eine zweite Lesung im Plenum erfolgen.

Der Gesetzentwurf über die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts für Volljährigkeitserklärungen führt ebenfalls zu einer kurzen Aussprache.

**Hofmann (Soz.):** Grund der Vorlage ist die Überlastung des Justizministeriums. Unter Zurückstellung gewisser Bedenken werden wir der Aufhebung des § 14 zustimmen.

**Hofmann (D. Vp.):** Ich stimme gleichfalls zu und erhebt in der Vorlage einen Schritt des Ministeriums zu einer Dezentralisation der Verwaltung.

**Hofmann (Dnat. Vp.)** stellt den Zusatzantrag, als Termin für die Aufhebung des § 14 den 1. Februar 1921 festzusetzen.

**Hofmann (USP.)** spricht die Zustimmung seiner Fraktion aus und erwartet von der Annahme der Vorlage eine schnellere Erledigung der Anträge der Antragsteller.

Minister des Innern Lipinski bittet, dahin zu wirken, daß alle, die eine persönliche Rücksprache mit dem Minister wünschen, vorher schriftlich mitteilen, um was es sich handelt, damit der Minister sich informieren könne und die Aussprache einen praktischen Nutzen hat. Das sächsische Justizministerium sei bei der Reichsregierung um Herabsetzung des Mündigkeitsalters auf 20 Jahre vorstellig geworden.

Die Vorlage mit dem Zusatzantrag Wagner wird einstimmig angenommen.

Endlich kommt noch zur Beratung der Gesetzentwurf:

Aufhebung des Gesetzes über die Requisition zur Ausschließung

Nummer 17: Aufhebung des Gesetzes über die Requisition zur Ausschließung

**Hofmann (Soz.):** Wir begrüßen die Vorlage, da es sich um die Festsetzung eines alten rückständigen Gesetzes handelt. Der Herabgang vom Lohn ist ein Grund mehr dafür, daß dieses Gesetz fällt.

**Hofmann (Dnat. Vp.):** Die Regierung sollte in dieser Zeit doch Wichtigeres zu tun haben, als sich mit solchen Dingen abzugeben.

Minister des Innern Lipinski bemerkt, daß das Gesetz nichts weiter sei als eine Schikane gegen Leute, die nicht den Willen haben, den Staat um die Steuern zu betriegen, sondern tatsächlich unvermögend sind. Die Regierung habe die Befreiung des Gesetzes veranlaßt, weil es heute noch angewendet werde. Deshalb hätte er auf allseitige freundliche Zustimmung gerechnet. (Zurufe rechts: Dieser Optimismus!)

**Hofmann (Dnat. Vp.):** Wir sind nicht dafür, daß das Gesetz aufgehoben wird. Sein Zweck ist ein guter. (Lachen links.) Das Gesetz soll keine Befreiung sein, sondern erleichternd wirken. In der Großstadt ist es allerdings nichts durchführbar, wohl aber auf dem Lande und in den kleinen Städten. Das Gesetz ist auch nicht unsozial.

**Hofmann (Rom.):** Ist für völlige Befreiung des Gesetzes, Hofmann (USP.): Daß die bürgerlichen Parteien Einspruch erheben, wundert uns nicht, denn sie sind ja die Träger solcher Gesetzgebung. Es handelt sich um ein Gesetz gegen Minderbemittelte, und deshalb ist seine Aufhebung höchste Zeit. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wird die Vorlage angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. Die Anträge zur Wohnungsfrage.

## Aus der Umgebung.

### Vorwärts in den Landgemeinden.

11. Gleich nach Beendigung des Krieges wurde die Frage der Arbeitsbeschaffung für die zahlreich heimgekehrten Krieger immer dringender. Die Umstellung der Privatbetriebe von der Kriegs- in die Bedarfswirtschaft erfolgte nur langsam. Eine ganze Anzahl Gemeinden ließ Kostlandsarbeiten ausführen, Straßenbauten, Sport- und Badeanlagen wurden in Angriff genommen. Die Initiative hierzu ging fast ausnahmslos von den Vertretern der USP. aus, die in der richtigen Erkenntnis handelten, daß dem Arbeitslosen nicht mit einer Geldunterstützung gedient sei. Leider aber muß gesagt werden, daß hierbei nicht gerade sehr ermutigende Erfahrungen gemacht worden sind, da ein großer Teil der Beschäftigten alles gemeinwirtschaftliche Verständnis vermissen ließ; aber auch Fälle von Unternehmerrabotage sind festgestellt worden.

Die Regearbeit in den Gemeinden stellt nun aber ein so wichtiges Bindeglied für die Kommunalisierung und weiterhin für die Sozialisierung dar, daß jedenfalls dieser Frage unausgesehene Aufmerksamkeit zu schenken ist. Gewiß besteht für die Landgemeinden gegenüber den städtischen Gemeinden eine gewisse Beschränkung zur Ausübung des Regiebetriebes, aber immerhin ist die Förderung der Selbstbewirtschaftung von Betrieben in den Gemeinden nicht aus dem Auge zu verlieren.

Eine Anzahl Gemeinden besitzt bereits Licht- und Sonnenbäder. Eine Gemeinde wird in diesem Jahre eine Maschinen- und Bewässerungsbewirtschaftung von Feldgrundstücken und Obstanlagen die Anlagen zur Kommunalisierung. Man kann nur wünschen, daß die Arbeiterkraft der betreffenden Gemeinden sich bewußt ist, welche großen Stück Zukunftarbeit mit dem wirtschaftlichen Gelingen derartiger Gemeindeanlagen geleistet wird. Jeder Mißerfolg würde dem gegen den Regiebetrieb anstimmenden Unternehmertum nur neue Waffen in die Hand drücken. So ist der Regiebetrieb letzten Endes sozialistische Erziehungsarbeit, die eine aufklärerische und zielbewusste Arbeiterkraft zu ihrem Gelingen voraussetzt.

Freilich könnte auch in den Landgemeinden auf diesem Gebiete viel mehr geleistet werden. Aber wer die unendlichen Schwierigkeiten kennt, die bei all derartigen Einrichtungen zu überwinden sind, muß anerkennen, daß die Kommunalisierung freigegeben werden muß. Offensichtlich gelingt es in der neu zu bearbeitenden Landgemeindeförderung, das Aufsichts- und Einspruchsrecht der Oberbehörden auf ein Minimum zu reduzieren und die Selbstverwaltung der Gemeinden endlich zur Tatsache werden zu lassen. Gerade die Amtshauptmannschaft Leipzig bereitet den Gemeinden bei Schaffung verbodener Anlagen sorgfältig Schwierigkeiten und so wird oft genug die regste Tätigkeit unserer Gemeindevertretungen illusorisch gemacht.

In Staatsinteresse ist auf eine freiere Beweglichkeit der Gemeinden hinzuwirken, da eben nur bei einer Erweiterung des Selbstverwaltungsrechtes Gewähr für Fortschritte in der Kommunalisierung geboten ist. Und daß diese besonders für die größeren Vortorgemeinden nach der Beibehaltung der Gemeindeförderung der letzte Weg ist, um ihre Existenz aufrechtzuerhalten, ist schon heute klar ersichtlich. Aus den verschiedenen Berichten der Gemeindeparlamente war zu ersehen, daß man drauf und dran ist, alle möglichen Gegenstände zum Objekt der Besteuerung in den Gemeinden zu machen. Daß bei dieser Tendenz das Antraut der indirekten Besteuerung ippig in die Blüte schießt, bedarf keiner besonderen Betonung. Jeder ernsthaft kommunalpolitiker hat hier zu bremsen, denn die Besteuerung der Einwohnerkraft hat ihre natürlichen Grenzen, die im Interesse der Volkswohlfahrt nicht zu überschreiten sind.

Nun mag zwar die Schaffung von verbodenen Anlagen für kleinere Gemeinden nicht so leicht sein, aber immerhin ist auch hier auf dem Wege des Zweckverbandes diesen Gemeinden die Möglichkeit geboten, sich anteilig bei größeren Kommunalisierungsprojekten zu betätigen.

Am nur ein Beispiel anzuführen: Die Leipziger Umgebung hat durch ihre geologische Beschaffenheit reiche ausbeutungsfähige Lager feinen Quarzschluffs und zahlreicher Ziegeleien — fande n und er lüft in den Flusniederungen der Elster und Weiße. Und heute? Da bricht man trotz der unerhörten Wohnungsnot, trotz des ausgesprochenen Manacks an Baustoffen diese Ziegeleien einfach ab, weil der Betrieb für die Besitzer nach privatkapitalistischen Grundregeln einfach nicht mehr rentabel ist; weil das in den Ziegeleien stehende Altmaterial an Steinen, Holz und Maschinen bei einem Abbruch so horrent bezahlt wird, daß die Besitzer dieser Werte dabei ein glänzendes Geschäft machen. Es ist überflüssig, davon zu reden, daß in einer sozialistischen Gesellschaft ein derartiges Verfahren unmöglich wäre — daß der Abbruch lebensfähiger und lebensnotwendiger Betriebe aber heute unter Sanktion der Aufsichtsbehörden vor sich gehen kann, die doch jedenfalls auch das Wort „vom Aufbau unserer Wirtschaft“ gehört haben, ist schließlich ein weiterer Beweis von der absoluten Unzulänglichkeit dieser staatslichen Anstalten.

Gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen müßte sich ein Weg finden lassen, diese Ziegeleibetriebe im Allgemeininteresse auch weiterhin nutzbar zu machen. Im Wege des Zweckverbandes wäre die Möglichkeit gegeben gewesen und freudig hätten gewiß die meisten Gemeinden zugestimmt, um auf diese Weise den Ansatz zu machen und den Bezirk in ein kommunalisiertes Wirtschaftsgebiet umzuwandeln, das sich aus eigener Kraft erhalten konnte und das dann auch ohne besondere Störungen den Abgang arbeiter Gemeinden in das Stadtbereich hätte ertragen können. Aber die Förderung derartiger Pläne bei einer von reaktionärem Geiste erfüllten Amtshauptmannschaft zu suchen, ist vergeblich.

### Bezirksverband Grimma.

Auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums darf in der Woche vom 16. bis 22. Januar keine Bätter im hiesigen Bezirk verteilt werden.

Kauschel. Bei der städtischen Kassafalle wurden im Monat Dezember 1920 308 Einzahlungen im Betrag von 229.137,50 Mk. geleistet. Davon entfielen 92 Einzahlungen im Betrag von 220.203,61 Mk. Der Kassennachschuß betrug 1.061.300,51 Mk.





**Wer Geld sparen will**  
der decke seinen Bedarf in  
**Herren-, Knaben- und**  
**Jünglings-Bekleidung**

im jetzigen

**Inventur-**

**Ausverkauf**

der Firma

**Bamberger & Hertz**

Leipzig Augustusplatz

**Kartell der Arbeitervereine für**  
**Sport- u. Körperpflege**

**Turn-Vereine**

**L. Eutrichsch.** Turnverein Norddts. Sonntag, den 16. Januar, nachm. Punkt 4 Uhr. **Generalversammlung** im Saale der Sängerkapellen, Wilhelmstr. 12. Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Anträge, 3. Neuwahl des gesamten Turnrats, 4. Verschiedenes. Vorstehende Tagesordnung macht die Anwesenheit eines jeden Mitgliedes notwendig. Frei Heil! Der Turnrat.  
Zur Beachtung! Nach der Versammlung, ab 8 Uhr, in demselben Saale, Gemüthliches Beisammensein der Mitglieder. Dazu humoristische Vorträge und ein Tänchen. Hierzu ladet ein D. D.

**L. Süd.** Turnverein Norddts. Sonnabend, 15. Jan., im Eistellerpark u. L.-Connewitz. Beginn 6 Uhr. **Weihnachtsfeier d. Damen-Abteilung**

**Knautleeberg.** Turn- und Sportverein. G. A. Sonntag, den 16. Januar 1921, nachm. 4 Uhr. **Generalversammlung** im Gasthof zum weißen Koh (Gesellschaftszimmer). Tagesordnung: Berichte, Neuwahlen, Beitragserhöhung, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Erscheinen der Mitglieder ist sehr notwendig. Der Vorstand.

**Radfahrer-Bund Solidarität**

**Abt. Rodau.** Sonnabend, den 15. Januar. **Christbetscherung mit Ball** im Neuen Gasthof zu Rodau. Anfang 8 Uhr. Es ladet ergebenst ein D. B.

**Verband Volksgeundheit**

**Ortsverein Leipzig**  
Freitag, 21. Januar, abends 8 Uhr  
**Zweiter Bunter Abend**  
mit Kränzchen im Goldenen Adler, L.-Lindenau.  
Sonntag, 30. Januar, nachm. 4 Uhr  
**Weihnachtsfeier** in Stadt Altensburg, L.-Lindenau, Markt.  
Der Verband besorgt die Hebung der persönlichen und lokalen Gesundheitspflege.

**Frische Landeier**

hat kündigt wieder am Platsch, Stück 2.30 Mk. Außerdem  
**Gute Landwurstwaren**  
von 22 bis 28 Mk. per Pfund.  
**Edmund Giepner, Lindenau, Demmeringstrasse 1.**  
Eingang zum Laden Haus für links.

# Konsum-Verein

## Leipzig-Plagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

**Wir empfehlen als preiswert:**

Dr. Oetkers Gustin guter Speisestärke-Puder, 1/2-Pfund-Paket	Mk. 3.75
Prima Pflaumenmus . . . . . Pfund	Mk. 4.80
Marmelade . . . . . Pfund	Mk. 5.40
Vorzüglicher Speise-Rübensaft. . . . . Pfund	Mk. 2.90
Bosnische Backpflaumen . . . . . Pfund	Mk. 5.40
Preiselbeeren mit Zucker . . . . . Pfund	Mk. 6.80
Margarine zum jeweiligen billigsten Tagespreise . . . . . Pfund	Mk. 13.00
Schmalz zum jeweiligen billigsten Tagespreise . . . . . Pfund	Mk. 16.00
Seifenpulver „Algi“ fetthaltig . . . . . 1/2-Pfund-Paket	Mk. 1.90
Schmierseife reine gute Friedensqualität. . . . . Pfund	Mk. 7.00
Beste Kernseife . . . . . 300 g-Stück	Mk. 6.25
Beste Kernseife . . . . . 250 g-Stück	Mk. 5.75
Rotkraut . . . . . Pfund	Mk. 0.95
Weißkraut . . . . . Pfund	Mk. 0.85
Möhren, rote . . . . . Pfund	Mk. 0.35
Wirsingkohl . . . . . Pfund	Mk. 0.70 und 0.95

**Zum Ausverkauf:**

Bohnen mit Fett . . . . . Dose	Mk. 0.85
Heereskost mit ca. 500 Gramm Fleisch	Dose Mk. 7.00

**Umsatz im Monat Dezember 1920:**

## Über Zwanzig Millionen Mark!

**Blättertabak**

Kenntlich, ungeschnitten, 15. Kraftig . . . 1/2 Pf. 15.00

**Rippen**

rein Virginia, fein u. würzig im Geschmack, Grob- u. Feinschnitt 100 gr 3.50

**Zigarren-Geschäft**

**Wilh. Rode**  
Reichenhainer Str. 3.

**Keine Detailpreise! Keine Engrospreise!**  
**Verkauf nur zu Fabrikpreisen!**

Lassen Sie sich nicht beeinflussen, decken Sie Ihren Bedarf in

**Schuhwaren**

direkt von der Fabrik ein. Sie sparen

**30 bis 60 Prozent! Nur Qualität!**

**Fr. G. Becker, Leipzig**

Johannissasse 6, neben der Leipziger Allgemeinen Zeitung.

en gros en detail



**Goldschuh- und Pantoffel-Fabrik**  
**Reich & Dorn**  
Telephon 19884.

Spezialität: **Echt Leder-**  
**schürhübe** mit Holzsohle  
**Goldschuh-Befestigung**  
**Goldschuh- und Pantoffel-Fabrik.**  
Belte **Bezugquelle**  
für **Wiederverkäufer.**  
Verkaufs- u. Annahmestellen:  
Hauptgeschäft **R. Stöttner's**  
Wafferturmstr. 10, Zweig-  
stellen **Anger, Wolfauer Str. 83**  
und **Sellerh., Wurzen Str. 48.**

**Kleider- und**  
**Seldenstoffe**

Schotten f. Kinderkleider usw. jetzt 26.00 20.00	18.75
Knf. Konfirmand-Kleiderstoffe in allen modernen Farben jetzt 36.00	32.00
Haltbare Stoffe für Kostüme und Röcke, 180 cm breit jetzt 65.00 39.00	28.00
Selden-Crêpeline in 6 Farben, ca. 90 cm breit . . . . . jetzt	78.00

**Baumwollwaren**

Hemdtauch, Qualitätsware jetzt 17.50 14.50	11.50
Hemdenbarchent jetzt 17.50 14.50	11.50
Unterrockstoff . . . . . jetzt 19.50	12.50
Bettzeug, bedruckt, Kissenbreite jetzt 17.50 15.50	13.50
Bettzeug, gewebt, Ja Qual. Kissenbreite . . . . . jetzt	17.50
Molton, rosa und weiß jetzt	16.50

**Damen-Konfektion**

Kleider, weiß gestickt, Volls, feuch gearbeitet . . . . . jetzt	95.00
Kleider in Woll- und Halb- wolle jetzt 260.00 225.00	175.00
Kleider in Selde jetzt 380.00 320.00	250.00
Blusen in halbwoollenen und baumw. Stoffen, Sportform jetzt	58.00
Blusen in Selde jetzt 185.00 115.00	95.00
Kostümröcke in nur moder- ner Verarbeitung u. haltb. Stoffen . . . . . jetzt 52.00 48.00	42.00
Mäntel, flotte Formen jetzt 175.00	135.00

**Putz**

Garnierte Hüte jetzt 38.00 28.00	20.00
Formen in Filz und Samt jetzt von	5.00 an
Straußfedern jetzt 2.90 3.40	1.80
Hot- und Ansteckblumen jetzt von	10 Pfg. an

**Inventur-**  
**Ausverkauf!**

**Kaufhaus**  
**Max Sachse**  
Leipzig-Lindenau  
Lütznerstr. 45/47

**Sämtliche Artikel**  
**im Preise ermässigt!**

**Herrn-Normal-Hemden**

Größe 6	5	4
jetzt 35.75 34.75	33.75	
Herrn-Unterhosen, schwere Winterware . . . . . jetzt	16.75	
Damen-Strümpfe, Ia Baum- wolle, nur schwarz . . . . . jetzt	6.50	
Damen-Strümpfe (Flor-Einsatz) Doppels. u. Hochferes, jetzt	9.75	
Kinder-Schwitzer für 3-5 Jahre jetzt	12.50	8.75

**Kurzwaren**

Miedergurt, 4-6 cm breit, jetzt strapazierbalt für Damen und Kinder . . . . . jetzt	1.00
Schuhsenkel 90 cm . . . . . jetzt	60 cm
jetzt 75.00	25.00
Wasche-Bogen, weiss und bunt . . . . . jetzt	45.00
Stopp-Litze, schwarz u. farbig Meter jetzt	18.00
Stopp-Twist, weiss und schwarz Knäuel jetzt	45.00

**Grosse Posten**

Markttaschen . . . . . jetzt	1.75
Marktnetze . . . . . jetzt	45.00
Kollektmappen . . . . . jetzt	3.75
Schulranzen . . . . . jetzt	6.50
Damen-Handtaschen, jetzt	4.50 1.50

**Grosse Posten**  
**Gardinen weit unter Preis**

Künstler-Garnituren, Ia Qual. jetzt 178.00 154.00 154.00	129.00
Halbstores jetzt 94.00 89.00 69.00	59.00
Langstores, engl. Tüll jetzt 196.00 188.00 115.00	79.00
Bettdecken für 2 Betten jetzt 250.00 188.00 48.00	40.00
Vitrinen-Stoff, Ia Körper und Damast . . . . . Meter jetzt	24.00 14.50
Tüll-Kanten Meter	12.50 10.50 9.50
Topplata, jetzt 800.00 590.00	320.00
Vorleger . . . . . jetzt 55.00 46.00	34.00
Fischdecken, jetzt 98.00 84.00	67.00

**Schuhwaren**

Damen-Halbschuhe, eleg. Formen jetzt 98.00 59.00 78.00	68.00
Damen-Stiefel u. ohne Lack- kappe jetzt 178.00 162.00	136.00
Hauschuhe mit Leder-ohle, Gr. 36-42 jetzt 36.00 29.00	19.50
Filzschuhe, Grösse 36-42 . . . . . jetzt	36.00 33.50
Filzpantoffeln, Grösse 36-42	23.00



# Wirtschaftliche Wochenschau.

## Die Weltwirtschaftskrise.

### Die Ursachen der Krise.

Die ganze kapitalistische Welt wird gegenwärtig von einer ungeheuren Wirtschaftskrise in einem bisher nicht gekannten Umfange erschüttert. Aus allen Ländern bringen unaufhörlich Nachrichten über Zusammenbrüche großer und angelegener Geschäftshäuser, über Finanzpaniken und Stürme des Publikums auf die Banken, über Einschränkungen oder Stilllegungen ganzer Industriezweige, über ein immer bedrohlicheres Anwachsen der Arbeitslosigkeit und des Elends des Proletariats.

Die Wirtschaftskrisen, unter deren schwerster wir heute leiden, sind keine unvorhergesehenen Elementarereignisse, wie eine große Mißernte oder eine verheerende Seuche, sondern eine normale Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die einzig und allein in den Unzulänglichkeiten dieser Wirtschaftsordnung ihre Wurzel hat. Der Gang der kapitalistischen Produktion ist ein wellenförmiger: Die Wellen gehen am höchsten in der Periode der Hochkonjunktur, sie erreichen den tiefsten Stand in der Wirtschaftskrise. Krise und Hochkonjunktur folgen einander in ziemlich regelmäßigen, berechenbaren Abständen. Die marxistische Nationalökonomie, die das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft aufgedeckt hat, hat auch die Ursache der kapitalistischen Krisen erkannt: Es ist die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, das Fehlen jedes organischen Zusammenhangs zwischen der Produktion und der zahlungskraftigen Nachfrage nach den Produkten, das ein katastrophales Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, wie es in den Wirtschaftskrisen zum Ausdruck kommt, überhaupt erst ermöglicht. Daß aber ein solches Mißverhältnis tatsächlich und mit geschlicher Notwendigkeit eintritt, ist eine Folge des tief im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft verankerten und daher innerhalb des Kapitalismus unauflösbaren Widerspruchs zwischen dem Verwertungsdrang des Kapitals, der zu unaufhörlicher Ausdehnung der Produktion drängt, und dem unerfüllbaren Streben des Kapitals nach möglichst großer Ausbeutung der Arbeitskraft, das die Niedrighaltung der Lebenshaltung des Proletariats, also einen dauernden Tiefstand der Kaufkraft der breiten Massen zur Folge hat. Ueberproduktion auf der einen, Unterkonsumtion auf der anderen Seite, das ist das Damoklesschwert, das über dem Kapitalismus hängt und in regelmäßigen Abständen auf die gequälte Menschheit herabfällt.

Aber die heutige Wirtschaftskrise hat außer diesen allgemeinen ihre besonderen Ursachen, die sie so schwer und räkend machen. Der vierjährige Krieg hat die kapitalistische Welt in zwei einander scharf gegenüberstehende Lager gespalten. Das eine Lager, in dem wir stehen, ist das der kriegsbetroffenen Länder. In ihnen hat der Krieg und seine Begleiterscheinungen die Produktionsgrundlagen und -mittel teils gänzlich zerstört, teils erschüttert, wirtschaftliche Güter und menschliche Arbeitskraft in unerhörtem Ausmaß vernichtet, die Staatsfinanzen völlig zerrüttet, so daß das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen des Staates nur durch eine steigende Ueberflutung der Wirtschaft mit Papiergeld hergestellt werden kann, deren unheilvolle Wirkung wir in der Entwertung des Geldes zu spüren bekommen; und noch tiefer ist die internationale Bewertung der Währung, die sogenannte Valuta gesunken. Im andern Lager stehen die Kriegslieferantenländer, zu denen auch am Riege beteiligte Staaten, wie England, Japan und Amerika gehören. Ihre Produktion wurde während des Krieges nicht erschüttert, sondern im Gegenteil gewaltig angespannt, um die Bedürfnisse der kriegführenden Länder zu befriedigen. Sie stehen heute unerfüllt, ja produktionsfähiger als jemals da; ihre Staatsfinanzen und ihre Währung konnten aufrecht erhalten werden, der Stand der internationalen Bewertung ihres Geldes ist unverhältnismäßig günstig.

Nach der Beendigung des Krieges drängte der ungeheure Güterbedarf der ausgelegenen und entgüterten Länder des europäischen Kontinents zu einer Befriedigung ihres Warenhungers um jeden Preis. Da die eigene Produktion sich von dem Schläge, den ihr der Krieg versetzt hatte, noch nicht erholt hatte, mußte der Bedarf auch weiterhin in den ehemaligen Kriegslieferantenländern befriedigt werden, die ihre Produktion weiter anspannen konnten. Die kapitalistische Wirtschaft konnte sich wieder einmal einer Hochkonjunktur in beiden Lagern erfreuen. Aber die Freude sollte ihr bald vergehen. Denn es stellte sich heraus, daß dem Bedarfs an Gütern die Kaufkraft keineswegs entsprach. Es stellte sich heraus, daß das durch den Krieg und seine Folgen verelendete Europa, dessen Verarmung im ungünstigen Stande der Valuta zum Ausdruck kommt, nicht genügend Gegenwerte besitzt, mit denen es die Wareneinfuhr bezahlen könnte. Valutatechnisch ausgedrückt heißt dies: Wir können uns die Stillung unseres Rohstoff- und Lebensmittelhungers nicht leisten, weil wir infolge des ungünstigen Standes unserer Valuta die eingeführten Waren überkauert bezahlen müssen und obendrein die Valuta durch die Einfuhr noch mehr gesenkt wird.

So ist die Blockade, die vier Jahre lang über Mitteleuropa verhängt war, in Wirklichkeit nicht aufgehoben, sondern eher noch verschärft worden, denn wir sind von den Herrlichkeiten der Welt genau so abgeschnitten wie während des Krieges, aber nicht, weil die Kriegsschiffe der Feinde den Warenverkehr unterbänden — im Gegenteil, die Feinde von damals haben heute das größte Interesse daran, uns mit Waren zu beschweimen —, und auch nicht, weil die Güter, die wir brauchen, nicht vorhanden wären —, im Gegenteil, alle Magazine, Kornspeicher und Gefrierhäuser sind überfüllt, gewaltige Warenvorräte aufgestapelt, die diesjährige Weltenernte an Wolle, Getreide, Zucker usw. dürfte zu den

besten gehören, die jemals heringebracht wurden, aber wir sind zu arm, um den bittersten Hunger zu stillen, um all diese Herrlichkeiten zu kaufen. Sie konnten zueinander nicht kommen, weil das Wasser zu tief war, sondern weil unser Elend, unsere Verarmung zu tief ist, weil die Löhne des mitteleuropäischen Proletariats tief, tief unter dem Existenzminimum stehen, so daß seine Kaufkraft gleich Null ist. Der Westen erstickt im Ueberfluß, der Osten stirbt an Auszehrung — so will es die gottgewollte kapitalistische Ordnung.

### Die Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise.

#### Der Rückgang der Preise.

Der Rückgang der Konjunktur fand zunächst darin seinen Ausdruck, daß die Weltmarktpreise fast aller Waren zu sinken begannen, nachdem sie im Laufe des Krieges und der kurzen Hochkonjunkturperiode nach Kriegsende zu unerhörter Höhe emporgekommen waren. So fiel z. B. der Baumwollpreis in Liverpool vom höchsten Stand von 32,41 d je Libris, den er am 18. Februar 1920 erreichte, auf 9,29 d am Jahresabschluss, so daß er sich vom Friedenspreise von etwa 7,27 d nicht mehr weit entfernt. Weizen fiel in Chicago von 226 Cent je Bushel im Juli 1920 auf 168 Cent am Jahresabschluss (gegen etwa 92 Cent Friedenspreis). Die Metallpreise, die auf dem Weltmarkt am Anfang des vergangenen Jahres etwa dreimal so hoch waren als vor dem Krieg, stehen heute nur noch 10—20 Prozent über dem Vorkriegspreis. Ähnliche Preisrückgänge erlitten die meisten andern Weltmarktwaren. So sind in der letzten Zeit in Amerika von 325 statistisch erfaßten Artikeln mehr als die Hälfte, nämlich 185, um 1—14 Prozent im Preise gesunken, landwirtschaftliche Artikel um 9—13 Prozent. In Schweden haben die Großhandelspreise seit Juli bis Ende November einen Preisrückgang von durchschnittlich 12 Prozent erfahren, einzelne Artikel sind aber noch viel tiefer gesunken, Häute und Kautschuk stehen heute bereits niedriger als vor dem Kriege. Ähnlich verläuft die Preissteigerung in allen andern valutarstarken Ländern.

In den Ländern mit ungünstigem Valutastand, wie Deutschland, hat sich die rückläufige Bewegung der Preise nur sehr abgeschwächt bemerkbar gemacht. Für die breiten Massen des Volkes kommt sie eigentlich nur in einem allmählichen Stillstand der bisher so wilden Aufwärtsbewegung der Preise zum Ausdruck, der die Lebenshaltung nicht verbessern kann, sondern nur auf der gleichen „Höhe“ hält. Nur im Großhandel beginnt sich allmählich das Preisniveau zu senken. Nach einer Berechnung, die die Frankfurter Zeitung angestellt hat, sind die Großhandelspreise vom Anfang des vergangenen Jahres bis zum 1. Dezember um mehr als 50 Prozent gestiegen, aber seither um 14 Prozent zurückgegangen. Seht man den Durchschnittspreis der wichtigsten Waren für Anfang Januar 1920 mit 100 fest, so erreichte er am 1. Dezember die Durchschnittsziffer 153, fiel aber bis zum 7. Januar 1921 auf 139. Freilich dürfen wir uns keinen rosigten Hoffnungen über einen für die breiten Verbrauchermassen fühlbaren Preisabbau hingeben; denn ehe sich die Abwärtsbewegung auf die Kleinhandelspreise fortgepflanzt haben wird, wird sie wohl von einer neuerlichen Aufwärtsbewegung der Weltmarktpreise abgelöst werden.

#### Einschränkungen der Produktion.

Die kapitalistischen Unternehmer, die bekanntlich nicht zur Befriedigung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse, sondern um des lieben Profits willen produzieren, pflegen einen Rückgang der Preise, der ihre Profite beschneidet, mit einer Einschränkung oder gar Einstellung ihrer Produktion zu beantworten. Sinken die Baumwollpreise, so vermindern die Pflanzer die Anbaufläche: So haben die amerikanischen und ägyptischen Baumwollpflanzer in rührender Solidarität eine Verminderung der Anbaufläche auf die Hälfte beschlossen, die Gummipflanzer der ganzen Welt, erschüttert vom katastrophalen Rückgang der Gummi- und Kautschukpreise, einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Viel schwerere Folgen aber für die Arbeiterschaft haben die Einschränkungen der industriellen Produktion, die in allen Ländern einen verhängnisvollen Umfang annehmen. Denn wenn die Unternehmer ihre Betriebe einschränken oder stilllegen, so fliegen die Arbeiter aufs Pflaster oder müssen sich Arbeitszeitverkürzungen oder Lohnherabsetzungen gefallen lassen.

In Amerika, das seine Produktion während des Krieges am weitesten ausgedehnt hatte, ist der Rückschlag naturgemäß am stärksten. Es seien nur einige Meldungen der letzten Tage wiedergegeben. Danach sind von den 700 Textilfabriken in der Umgebung von Philadelphia 40 Prozent ganz geschlossen, weitere 25 Prozent arbeiten nur einige Tage in der Woche. In Shenago Valley sind von 14 Schmelzöfen nur 5 in Betrieb, wodurch über 5000 Arbeiter zum Feiern gezwungen sind. In Sharon sind die Carnegie-Stahlwerke und mehrere andre große Stahlwerke, die dem Stahltrust angehören, geschlossen worden, und durch Stilllegung mehrerer vom Trust unabhängiger Stahlwerke sind über 20 000 Arbeiter ausgesperrt worden. Die andern Arbeiter des Trusts und der Außenleiter müssen froh sein, wenn sie um einen um 15—20 Prozent reduzierten Lohn arbeiten dürfen. Eines der größten Werke der Elektroindustrie, die General Electric Co., hat 3000 Arbeiter entlassen. In der Automobilstadt Detroit, der Herrschaftsdomäne des bekannten Industriellen Ford, feiern nicht weniger als 75 000 Arbeiter. Im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten wird die Zahl der Arbeitslosen gegenwärtig auf über zwei Millionen geschätzt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im übrigen Amerika. In den Industriestädten Kanadas feiert ein Viertel der Arbeiterschaft, in der Hauptstadt Montreal allein 40 000, ein weiterer Teil arbeitet mit verkürzter Arbeitszeit. In Südamerika sind die Magazine überfüllt mit Kaffee, die Gefrieranstalten mit Fleisch, die Kornspeicher mit Mais und andern Getreide.

In England ist die Arbeitslosigkeit in einem Maße gestiegen, daß sie die Grundfesten dieses anscheinend so festgefühten kapitalistischen Staatsgebäudes zu erschüttern droht. Besonders schwer ist die Textilindustrie betroffen, die in Lancashire ihr Zentrum hat. Aber auch die Schwerindustrie mußte ihre Produktion einschränken und selbst die Kohlenbergwerke beginnen auf eine Verminderung der Erzeugung zu dringen. In London allein betrug die Zahl der Arbeitslosen am Jahresende etwa eine Viertelmillion, in ganz England wird sie auf über eine Million geschätzt. Die Regierung steht der Arbeitslosenfrage hilflos gegenüber. Wohl wurde im Herbst vorigen Jahres durch ein Gesetz die Arbeitslosenversicherung eingeführt, aber die Unterflügelung, die sie den Erwerbslosen gewährt, ist ganz unzulänglich. Nun hat die Regierung vorgeschlagen, die Arbeitslosen in die Betriebe einzustellen und entsprechend die Arbeitszeit zu verkürzen — ein Vorschlag, gegen den sich natürlich die Arbeiter heftig zur Wehr setzen; denn er würde nur für die Regierung eine Verminderung der Unterstützungsbeträge herbeiführen, aber das Elend der Arbeitslosen auf die gesamte Arbeiterschaft ausdehnen.

Was hier von England und Amerika gesagt wurde, gilt in mehr oder minder abgeschwächtem Maße von allen andern Ländern. In Frankreich, Belgien und der Schweiz wütet die Krise nicht minder heftig als in den skandinavischen Ländern, und in Japan nicht minder heftig als in Australien. Aber auch die Arbeiterschaft Mitteleuropas, vor allem Deutschlands, hat schwer genug zu tragen, ja, sie spürt die Krise doppelt und dreifach so stark, weil ihre wirtschaftliche Lage ohnehin aufs tiefste herabgedrückt ist. So ist in Deutschland die Zahl der vom Reich unterstützten Erwerbslosen nach einem vorübergehenden Rückgang im Herbst wieder im Anwachsen begriffen, sie stieg von 350 360 am 1. Dezember auf 365 307 am 15. Dezember.

### Die Ueberwindung der Krise.

Wie kann diese furchtbare Geißel der Menschheit, von deren Schlägen in erster Linie das Proletariat getroffen wird — wie es ja immer das Proletariat ist, das die Sünden und Widersprüche des wahnstinnigen kapitalistischen Systems büßen muß —, überwunden werden? Vorläufig ist ein Ende der Krise noch nicht abzusehen, keine Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage vorhanden. Die ganze Weisheit der kapitalistischen Theoretiker und Praktiker erschöpft sich darin, allerlei kleine Mittelchen zur Heilung der Krankheit vorzuschlagen oder anzudeuten. Man erinnere sich des kläglichen Resultats jener Brüsseler Finanzkonferenz, in der die besten Köpfe der kapitalistischen Welt nach wochenlangen Beratungen das Bekenntnis ihrer Ohnmacht ablegen mußten. Ihr einziger positiver Vorschlag, der aber wohl noch lange seiner Verwirklichung harren wird, galt der Errichtung einer internationalen Kreditorganisation, die die Wareneinfuhr in die valutarstarken Länder kreditieren sollte. Ähnliche Bestrebungen sind jetzt in Amerika und Südafrika im Gange; um den Ueberfluß an Rohstoffen, Lebensmitteln und Fabrikaten los zu werden, bemühen sich die dortigen Kapitalisten, ihre Regierung zu veranlassen, das beschlagnahmte deutsche Eigentum als Grundlage und Garantie für Warenkredite freizugeben. Es soll also der verarmten Arbeiterschaft Mitteleuropas künstlich Kaufkraft eingehaucht werden, damit die Kapitalisten des Westens ihren Absatzmarkt ausdehnen können. Voraussetzungen sind auch von innen heraus eine allmähliche Kräftigung der mitteleuropäischen Wirtschaft in allerbescheidenstem Ausmaß eintreten. Das furchtbare Elend, in das die Arbeiter hinabgestoßen wurden, zwingt sie trotz aller materiellen, seelischen und körperlichen Produktionshemmungen, ihr Leides herzugeben, um die Gütererzeugung wieder auf die frühere Höhe zu bringen oder gar noch weiter auszudehnen.

Aber auch eine eventuelle Kräftigung der Produktion kann nur eine vorübergehende sein, ein Weiterwärteln für einige Zeit, bis zum nächsten Krach, ermöglichen, aber keine dauernde Heilung herbeiführen: Sie ist unmöglich, solange das wahnstinnige kapitalistische System weiterbesteht, solange der größte Teil des Volkes künstlich in Armut und Elend, seine Kaufkraft künstlich niedrig gehalten wird und doch die Produktivkräfte unaufhörlich wachsen, solange Profit- und Mehrwertstreben der Kapitalisten unüberwindliche Schranken für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der breiten Massen bilden, der objektiv durch die stetige Ausdehnung der Produktion ermöglicht wäre. Dauernde Heilung kann nur durch die Ueberwindung dieses Systems, durch die Sozialisierung der Wirtschaft gefunden werden, d. h. durch eine planmäßige Organisation der Wirtschaft, die die gesteigerten wirtschaftlichen und Kulturbedürfnisse der von der Kapitalknechtschaft befreiten Proletariatsmassen in Einklang bringt mit der durch das Wachsen der Produktivkräfte gesteigerten Gütererzeugung. Diese Umwälzung der Wirtschaftsordnung auf revolutionärem Wege schrittweise zu erkämpfen, das ist die Hauptaufgabe des Proletariats, will es aus dem Elend der Krise zu Krise kümmerlich fortzuschleppenden kapitalistischen Wirtschaft den Weg zur Befreiung finden.



# Am zweiten Jahrestage der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Sonntag, den 16. Januar 1921  
vormittags 10 Uhr

## Große öffentl. Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Alt-Leipzig: Volkshaus.

Westen: Felsenkeller — Westendhallen.

Osten: Drei Mohren — Neustädter Gasthof.

Südosten: Papiermühle.

Norden: Neuer Gasthof, L.=Sohlis.

Süden: Goldene Krone, L.=Connwitz.

Taucha: Goldner Löwe.

Markranstädt: Gute Quelle.

Zwenkau: Goldner Adler.

Männer und Frauen der Arbeit! Erscheint in Massen in diesen Versammlungen.

## Auf zum Kampf gegen die Reaktion und zur Ehrung der Toten!

Der Bezirksvorstand der U. S. P. D. Leipzig.  
Das Gewerkschaftskartell Leipzig.

### U. S. P. D. Gross-Leipzig

Alt-Leipzig, Bezirk Zentrum. Freitag, 14. Jan., abends 7 Uhr.  
Mitgliederversammlung im Restaurant Inselebaum, Burgstraße 7. Tagesordnung: 1. Die politische Lage und unsere Maßnahmen hierzu. Ref.: Genosse Rud. Kühn. 2. Diskussion. 3. Wahlen. 4. Verschiedenes. Es wird jedem Mitglied zur Pflicht gemacht, dabeilich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen, auch sind noch Theaterkarten in der Versammlung zu haben. Die Bezirksvertreter.

Löhnig. Freitag, den 14. Januar, abends 8 Uhr. Versammlung im Stern. Vortrag: Politische Märtyrer. Referent: Genosse Ryssol. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

### Achtung, Steinarbeiter.

Mitglieder-Versammlung in Kasslers Restauration, Sidonienstr. 5. Freitag, den 14. Januar, abends 5 Uhr. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

### Töpfer Generalversammlung

Sonabend, den 15. Januar nachm. 1/2 5 Uhr im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Stellungnahme und Beschlußfassung zum neuen Lohnsatz. 2. Jahresbericht des Gesamtverbandes. 3. Neuwahl des Gesamtverbandes. 4. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Der Vorstand.

### Kranken- u. Begräbniskasse für Schmiede und in der Metallbranche beschäft. Arbeiter zu Leipzig u. Umg.

Sonntag, den 23. Januar, vorm. 10 Uhr General-Versammlung im Volkshaus, Gesellschaftsraum, Zeiliger Straße 32. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstehenden. 2. Bericht des Kassierers, Bericht der Revisoren und Nichtsprächung der Kassenrechnung. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Wahl der Revisoren. 5. Entschädigung für die Verwaltung. 6. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Schriftliche Entschuldigungen sind bis Freitag, den 21. Januar 1921, an den Vorstehenden Oskar Wagner, Leipzig-Reudnitz, Ob. Münsterstr. 8, zu richten. Die Verwaltung.

### Die Reichseinkommensteuer

von Rudolph West. — Preis 1.50 Mk. Verlagsgesellschaft U. G., Saubner Str. 19/21

### Algäuer Butter

ist nicht freigegeben, dagegen empfehle ich hochfrische Tafel-Margarine . . Preis 15 Mk. hochfrische Schmelz-Margarine Preis 18 Mk. Versand in Postkolli an Geschäfte und Private. Verpackung und portofrei Nachnahme. Th. Feneberg, Kempten, Algäu.

### U. S. P. D. Alt-Leipzig, Bezirk Osten

Wir veranstalten für unsere Mitglieder und deren Angehörige Bier Aufklärungs-Vorträge

Das Programm der Sozialdemokratie und unsere Stellung zu den verschiedenen Wirtschaftspragen. Vortragender: Genosse Heinrich Gleichner.

Die Vorträge finden im Saale des Gesellschaftshauses „Gutenberg“, Johannissasse 19/21, Hof 1, abends 8 Uhr, statt. 1. Vortrag: Freitag, den 14. Januar. 2. Vortrag: Freitag, den 28. Januar. 3. Vortrag: Freitag, den 11. Februar. 4. Vortrag: Freitag, den 25. Februar. Wir erlauben unsere Mitglieder, zahlreich in diesen Vorträgen zu erscheinen. Eingeladene Gäste sind uns jederzeit willkommen. Die Bezirksleitung.

### Zentralverband prolet. Freidenker

Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig Sonntag, den 16. Januar, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus (Gesellschaftssaal) Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Weiß über: Gründung einer Feuerbestattungsanstalt. 2. Aussprache hierüber. 3. Beschlußfassung über die Gründung.

General-Versammlung der neu gegründeten Feuerbestattungsanstalt Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Mitgliedschaft kann am Saaleingang erworben werden. Die vorbereitende Kommission. U. A.: K. Otto.

### Revolutionäre

Theaterstücke usw. Auswahl zu Diensten. — Karnevals- u. Fest- u. Vereins-Artikel. — Kataloge zu Diensten. — Tombolas

liefert am reichhaltigsten Alfred Jahn Leipzig (Heinrich Wilmmer) Telefon 19245. Ständige Musterausstellungen.

Achtung! Um allen meinen in Leipzig u. Umg. wohnenden Kunden gerecht zu werden, habe ich mich entschlossen, ein weiteres Zweiggeschäft

und zwar Deutsch, Wartenstr. 42 zu eröffnen. Bedienung wie bisher prompt und lauter. Eröffnung: Donnerstag, 13. Januar.

Hochachtungsvoll Kurt Haas, Kopierschreiberei.

### Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe unserer guten Mutter. Frau W. verw. Kell geb. Langrock

sagen wir allen, welche uns ihre Teilnahme an unserem Schmerze bekundet haben, unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank den Hausbewohnern und den Gehilfen der Spamerischen Buchdruckerei. Du aber liebe Mutter, die du nun ruhest von deinem arbeitsreichen sorgenvollen Leben: Ruhe sanft! L. Bolkmarsdorf, den 13. Januar 1921. Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die herzliche Teilnahme bei dem Heimgange meiner innigstgeliebten Frau und guten Mutter

Elise Kurth verw. gew. Göpfert geb. Reichert sagen wir allen Freunden und Bekannten an dieser Stelle unseren herzlichsten Dank. Leipzig, den 12. Januar 1921. Richard Kurth nebst Tochter Marie.

Nach langem schwerem Leiden verchied am 11. 1. mein lieber, stets treuerer Mann, unser guter Vater, der Steinmetz

August Baethke im Alter von 53 Jahren. L. Bolkmarsdorf, Ewaldstraße 14. In tiefem Weh

Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unsere herzensgute, liebe, unvergeßliche Tochter, Schwester, Schwägerin u. Braut

Luise Hedwig Heese am 12. Januar infolge Lungenerkrankung im Alter von 24 Jahren, kurz vor ihrer Hochzeit, unerwartet im Krankenhaus St. Georg sanft entschlafen ist. L. Selterhausen, Dohmstr. 7 a. 1. In tiefstem Schmerze

Familie Franz Heese Arno Mathes als Bräutigam nebst allen Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 15. Januar, mittags 1 Uhr, von der Kapelle des Selterhäuser Friedhofes aus statt.

Heute nachmittags 1/2 5 Uhr verchied nach langer mit großer Geduld ertragener Krankheit mein liebes treues Weib, unsere gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Hedwig Jacobi geb. Ebert im 35. Lebensjahre. Ihr Leben war Leiden. L. Sell., Bülowstr. 15, den 11. Januar 1921. In aufrichtiger Trauer Eduard Jacobi Familie Ebert sowie alle Hinterbliebenen. Einäscherung Freitag, nachm. 1/2 2 Uhr, Sühfriedhof.

Heute früh verchied nach längerem schwerem Leiden meine liebe herzensgute Frau, unsere gute treuernde Mutter, Frau

Luise Albrecht geb. Fröhlich im 52. Lebensjahre. In tiefster Trauer L. Lindenau, den 12. Januar 1921. Läger Straße 171, III. Max Albrecht Marie Albrecht als Kinder Alfred Albrecht im Hause u. vertrauten Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier findet Sonnabend 1/2 12 Uhr in der Kapelle des Lindenauer Friedhofes statt.



**Allgemeine Bekanntmachungen.**

**K.-V.-G., Dittrichring 3a, I.**

zum Verkauf kommen getragene Militär-Schuhe, Stoff- und Linnenhüte sowie Holzschuhe, Größe 3-5, Ferner aus Militärlieferanten-Joppen, Größe 3-5, sowie schwarze Männerwesten. Geschäftszeit 9-4 Uhr. - Sonnabends 9-3 Uhr.

Entsprechend der vom 1. Januar 1921 an eingetretenen Erhöhung der Preise für sächsische, ober- und niederdeutsche Steintoblen wird der Preis von 1,66 Mk. auf 1,74 Mk. je cbm erhöht. Der neue Preis tritt in Kraft mit Wirkung ab dem 1. Februar 1921 beginnenden Abrechnungen beruht auf Rechnung VII. B. H. 51. Leipzig, am 12. 1. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

**Gewährung einer einmaligen Beihilfe an Arbeiterrentenempfänger.**

Auf Eruchen des Zentralverbandes der Arbeitssinnlichen Deutschlands ist die Frist zur Stellung der Anträge der Arbeiterrentenempfänger auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe bis zum 18. Januar verlängert worden.

Wer keinen Antrag noch nicht gestellt hat, mag den Vordruck hierzu beim Versicherungsamt, Otto-Schill-Straße 4 oder beim Vorstehenden der Ortsgruppe Groß-Leipzig des genannten Verbandes Herrn Max Richter, Leipzig-Schleußig, Jahnstraße 3, IV., entnehmen und ihn ausgefüllt beim Arbeitsamt, Gerberstraße 3 bis zum 18. Januar einzureichen. Verf.-A. 1. Nr. 1804 c/20. Leipzig, am 10. 1. 21. Der Rat der Stadt Leipzig, Versicherungsamt.

- In der Straßsache gegen
1. den Reisenden Dolar Steffens in Leipzig, Dorfstraße 17,
  2. den Hilfsbahnwärter Kurt Albrecht in Galschwitz, Hauptstraße 61,
  3. den Gärtnermeister Max Artur Hanschmann in Carsdorf.

4. den Stadtaufsichtsrat Ernst Walter Näthe in Pegau, und am 29. Dezember 1920 durch Urteil des Reichsgerichts beim Landgericht Leipzig kostenpflichtig verurteilt worden:

Steffens wegen Schleichhandels mit Weizen zu fünf Monaten Gefängnis und 10000 Mk. Geldstrafe. Albrecht wegen gemeinschaftlichen Schleichhandels zu je drei Monaten Gefängnis und 10000 Mk. Geldstrafe. Näthe wegen Beihilfeleistung an demselben Getreideverräter zu zwei Monaten Gefängnis und 10000 Mk. Geldstrafe. Staatsanwaltschaft Leipzig, am 10. Januar 1921.

**Laucha.** 1. 50 Gramm Butter (2,50 Mk.) 2. 14 Pfund Kartoffeln für den Kopf und 14 Tage Freitag, vorm. 8-12 Uhr im Lagerhause. Preis: 30 Pfg. für das Pfund.

Infolge Kohlenpreiserhöhung wird der Gaspreis vom 1. Januar 1921 ab auf 1,50 Mk. für das cbm festgelegt. Der Stadtrat.

**Berichtigung.** Auf die Karte O der Landesfestkarte Reize A wird nur Kunstseidestoff ausgeteilt. Ernährungsamt Leipzig, am 12. Januar 1921.

**Schulanmeldung in Hänichen-Quasnik**

Die Anmeldung der Kinder 1921 schlußendlich werdenden Kinder erfolgt Montag, den 17. Januar 1921, nachmittags von 2-4 Uhr in der Schule. Die hier geborenen Kinder haben nur den Impfschein, alle übrigen Kinder Geburtsurkunde und Taufschein oder für beides Familien Stammbuch vorzulegen. Anmeldungen durch Kinder sind unstatthaft. Hänichen, am 12. Januar 1921. Die Schulleitung.

**Sparkasse Wahren.**

Geschäftszeit von 8 bis 1/2 12 Uhr.

**Erben gesucht.**

Erbberechtigte Nachkommen des Arbeiters Gottfried Starke, welcher in den Jahren 1822 und später in Schönfeld lebte, werden ersucht, wegen einer Erbschaft von ca. 35 000 Mk. sich baldmöglichst unter Nachweis ihrer Erbberechtigung bei dem Unterszeichneten zu melden. Dresden, Schaudauer Str. 88. Julius Schaffer, Notar.

**Patentanwaltsbüro Sack,**

Leipzig, Brühl 2.

**KARNEVAL**  
SCHERZ u. LACHM. ARTIKEL. MÜTZEN MASCHINEN KOSTÜME.  
Katalog verlangen.  
**Rich. Lipinski LEIPZIG**  
Königsstr. 12.  
Auspostieren von Fotos und Matrasen. Josephstraße 33.

**Walchenseewerk A.-G. und Mittlere Isar A.-G.**

4 1/2 % mündelsichere vom Jahre 1926 ab zum Nennwerte rückzahlbare Schuldverschreibungen der „Bayerischen Großwasserkraftwerke“

sichergestellt durch den jetzigen und zukünftigen Besitz der beiden obigen Gesellschaften und deren samstverbindlicher Haftung und durch die Bürgschaft des mit seinem Gesamtvermögen für Kapital und Zinsen haftenden Staates Bayern.

Die bayerischen Wasserkraft bilden einen der wertvollsten Teile des bayerischen Volkvermögens. Nach ihrem völligen Ausbau können insgesamt rund 2,5 Millionen Pferdestärken mit einer ungefähren Jahresleistung von 12 Milliarden Pferdekraftstunden gewonnen werden. Diese Kräfte könnten, um die sämtlichen Bahnen in Bayern auch bei einer Verdoppelung des jetzigen Verkehrs mit elektrischem Strom zu betreiben, um die elektrische Beleuchtung in allen Städten und Gemeinden einzuführen, die sämtlichen in der Landwirtschaft, im Gewerbe und in der Industrie zur Zeit benötigten Dampfkraftanlagen durch Elektromotoren zu ersetzen und neu entstehende Industrien reichlich mit Elektrizität zu versorgen. Dabei würden immer noch sehr große Wasserkraft für Rohstoffgewinnung und dergl. übrigbleiben. Zur möglichst raschen Behebung der schweren wirtschaftlichen Folgen, welche die Kohlennot für das Verkehrs- und die bayerische Industrie mit sich brachte, sind vom bayerischen Staate zunächst

das „Walchenseewerk“ und die „Mittlere Isar“ in Angriff genommen worden.

Bei dem Walchenseewerk wird das Wasser der Isar im Walchensee aufgespeichert und in der 200 m hohen Gefällstufe zwischen Walchensee und Kochelsee ausgenutzt. Das Werk hat eine Spitzenleistung von 120 000 Pferdestärken und eine Jahresleistung von 250 Millionen Pferdekraftstunden. Ein besonderer Vorzug des Walchenseewerkes besteht in dem schon vorhandenen Speicherbecken des Walchensees, dessen Wasservorrat in den Stunden erhöhten Kraftbedarfes und insbesondere in den wasserarmen Wintermonaten herangezogen wird.

Die Anlagekosten berechnen sich nach der heutigen Preislage auf rund 250 Millionen Mark. Auch bei weiteren Preissteigerungen wird die Walchenseekraft selbst gegen die günstigsten Wasserkraftanlagen eine erhebliche Verbilligung der Stromerzeugungskosten aufweisen.

Mit dem Bau des Walchenseewerkes wird im Dezember 1918 begonnen. Die Bauarbeiten, insbesondere die Wehranlagen an der Isar, der Zuleitungskanal zum Walchensee mit dem Stollen bei Walkau, der Druckstollen zwischen Walchen- und Kochelsee, die Maschinenhausfundamente und der Unterwasserkessel sind zum großen Teil ausgeführt. Mit der Inbetriebnahme des Werkes im Jahre 1925 kann mit Sicherheit gerechnet werden.

Die mittlere Isar wird auf eine Maschinenleistung von 140 000 Pferdekraften ausgebaut. Im Jahresdurchschnitt werden 75 000 Pferdestärken geleistet und damit jährlich rund 800 Millionen Pferdekraftstunden gewonnen. Der erzeugte Strom soll zum überwiegenden Teil für Elektrifizierung des Bahnbetriebes und zur Versorgung des Landes mit Licht und Kraft verwendet werden. Bei dem bestehenden außerordentlichen Kraftbedürfnis kann der Stromabsatz als gesichert gelten.

Der Gesamtgeldbedarf ist auf Grund derzeitiger Preisverhältnisse auf 600 Millionen Mark veranschlagt. Im Hinblick auf die gegenwärtigen anderweitigen Kraftverzeugungskosten steht die Kraftdarbietung der Mittleren Isar zu den Ausbauekosten in sehr günstigem Verhältnis.

Die Bauarbeiten sind im Frühjahr 1919 begonnen worden und auf einer Kanallänge von 35 km in vollem Gange. Beschäftigt sind zur Zeit rund 2400 Arbeiter. Der Beginn des Betriebes steht im Jahre 1924 in Aussicht.

Die für die Ueberlandversorgung bestimmten Kräfte des Walchenseewerkes und der Mittleren Isar werden in einem 100 000-Voltnetz, das sich über das ganze rechtsrheinische Bayern erstreckt („Bayernwerk“), einbezogen. Auf diese Weise werden die Vorteile des hervorragenden Speicherwerkes der Walchenseekräfte mit der großen Niederdruckanlage der Mittleren Isar auf das vorteilhafteste verbunden. Im Zusammenschluß mit bereits bestehenden und weiter geplanten Werken wird es möglich sein, das Kraftbedürfnis im ganzen Lande in wirtschaftlicher Weise zu befriedigen und auch benachbarte Wirtschaftsgebiete unabhängig von der Kohle zu machen.

Das Walchenseewerk und die Mittlere Isar sind hiernach Werte schaffende Unternehmungen von hervorragender Bedeutung.

Für die Weiterführung des Baues und für den Betrieb des Walchenseewerkes und der Mittleren Isar sind durch Vertrag vom 5. Januar 1921 unter überwiegender Beteiligung des bayerischen Staates die Walchenseewerk-Aktiengesellschaft und die Mittlere Isar-Aktiengesellschaft gegründet worden.

Der Sitz der beiden Gesellschaften ist München; ihre Dauer ist zeitlich nicht begrenzt. Gegenstand beider Unternehmungen ist der Ausbau der Wasserkraft der Isar und des Walchensees und ihre Verwertung durch Abgabe der gewonnenen elektrischen Arbeit oder Verwendung im eigenen Betriebe, die Errichtung ähnlicher Unternehmungen, die Beteiligung an solchen und der Erwerb von Grundstücken und Rechten, welche dem Zwecke der beiden Unternehmungen dienen.

Insbesondere ist Gegenstand der Unternehmungen die Erwerbung der vom Lande Bayern zur Ausnützung der genannten Wasserkraft hergestellten und noch zu erstellenden Anlagen und aller damit zusammenhängenden Rechte.

Das Grundkapital der Walchenseewerk A.-G. beträgt Mk. 50 000 000.—, das der Mittleren Isar A.-G. Mk. 75 000 000.—. Das Geschäftsjahr beginnt bei beiden Gesellschaften am 1. Oktober und endet am 30. September. Das 1. Geschäftsjahr läuft bis 30. September 1921.

Zur Beschaffung der Mittel für den weiteren Ausbau geben die Walchenseewerk A.-G. und die Mittlere Isar A.-G. unter dem Sammelnamen:

**Schuldverschreibungen der Bayerischen Großwasserkraftwerke** mit 4 1/2 % verzinsliche vom Jahre 1926 ab zum Nennwert rückzahlbare Obligationen aus, die durch den jetzigen und zukünftigen Besitz der beiden Gesellschaften unter deren samstverbindlicher Haftung und durch die Bürgschaft des mit seinem Gesamtvermögen für Kapital und Zinsen haftenden Staates Bayern sichergestellt, also mündelsicher sind.

Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber und gelangen in Stücken zu Mk. 1000.—, 2000.—, 5000.—, 10 000.— und 20 000.— zur Ausgabe.

Die Verzinsung beginnt am 1. April 1921; die Zahlung der Zinsen erfolgt halbjährlich jeweils am 1. April und 1. Oktober.

Die Einlösung der Schuldverschreibungen wird zum Nennwert im Wege der Auslösung beginnend mit dem Jahre 1926, mit jährlich mindestens 1 1/2 % des ursprünglich ausgegebenen Betrages zusätzlich der ersparten Zinsen aus den eingelösten Schuldverschreibungen vorgenommen. Die Auslösungen erfolgen im Monat April zum 1. Oktober eines jeden Jahres, erstmals im April 1926, zur Helmzahlung am 1. Oktober 1926.

Die Schuldner sind befugt, vom 1. April 1931 ab verstärkte Auslösungen vorzunehmen oder auch die sämtlichen noch ausstehenden Schuldverschreibungen mit einer Frist von 6 Monaten zu kündigen. Die Anleihe soll zunächst an der Münchener Börse eingeführt werden.

Die im Vorstehenden beschriebenen 4 1/2 % mündelsicheren Schuldverschreibungen der Bayerischen Großwasserkraftwerke werden hiermit zur öffentlichen Zeichnung unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

Zeichnungsstelle ist die Bayerische Staatsbank München mit ihren sämtlichen Niederlassungen. Zeichnungen können vom 17. Januar bis einschließlich 5. Februar 1921 bei den genannten Stellen sowie bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank, München

bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin  
 .. .. Deutschen Bank, Berlin  
 .. .. Direkt. der Disconto-Gesellschaft, Berlin  
 .. .. Dresdner Bank, Berlin  
 .. .. Bayerischen Verleinsbank, München  
 .. .. Bayerischen Handelsbank, München  
 .. .. Bayerischen Notenbank, München  
 .. .. Süddeutschen Bodencreditbank, München  
 .. .. Bayerischen Zentral-Darlehenskasse, e. G. m. b. H., München  
 .. .. Merck Fink & Co., München  
 .. .. H. Aulhäuser, München  
 .. .. Schneider & Münzing, München  
 .. .. der Bayerischen Disconto- und Wechselbank, A.-G., Nürnberg  
 .. .. Verleinsbank, Nürnberg  
 .. .. Anton Kohn, Nürnberg

und allen Niederlassungen dieser Institute. ferner durch Vermittlung sonstiger Banken, Bankiers, Bankgeschäfte betreibender Genossenschaften und der Sparkassen erfolgen. Ein früherer Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten. Zeichnungsscheine sind bei allen vorgenannten Stellen zu haben. Die Zeichnungen können aber auch ohne Verwendung von Zeichnungsscheinen brieflich erfolgen. Der Zeichnungspreis beträgt 98 % unter Verrechnung der Stückzinsen zuzüglich Schecknotenstempel. Die Zuteilung findet baldmöglichst nach Zeichnungsschluß statt. Die bis zur Zuteilung bereits bezahlten Beträge gelten als voll zugestellt. Die Zeichner können die gezeichneten Beträge vom 31. Januar 1921 ab bezahlen. Sie sind verpflichtet: 30 % des zugestellten Betrages spätestens am 28. Februar 1921 zu bezahlen, 30 % „ „ „ „ 31. März 1921 40 % „ „ „ „ 30. April 1921 zu bezahlen. Beträge bis zu Mk. 5000.— sind sogleich voll abzunehmen. Die Stücke werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt. München, im Januar 1921. Bayerische Staatsbank.

**Gardinen- und Teppichhaus**  
**ARTHUR HÄUSLER**  
Eisenbahnstraße 61

**Inventur-Ausverkauf**  
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Preise teils bis 50 % herabgesetzt.

- Künstlergardinen, gewebt, 3teilig. . . . . 14000, 10800, 85<sup>00</sup>
- Mull-Künstlergardinen mit Volant . . . . . 115<sup>00</sup>
- Halbstores, gewebter Fuß mit Einfuß . . . . . 43<sup>00</sup>
- Halbstores, Erbsfüll mit Volant . . . . . 7500, 58<sup>00</sup>
- Halbstores, Gamine mit imitiertem Filz-Fuß . . . . . 98<sup>00</sup>
- Einzeln Stores u. Halbstores f. die Hälfte des regulären Wertes.
- Tüll-Bettdecken, einbettig . . . . . 7500, 45<sup>00</sup>
- Tüll-Bettdecken, zweibettig . . . . . 9500, 75<sup>00</sup>
- Kongreß-Stoff, 55 cm breit . . . . . Mrk. 9<sup>75</sup>
- Gardinen, Glidware, 90-130 cm breit, Mrk. 2650, 2200, 18<sup>50</sup>
- Gardinen, Glidware, 60-70 cm breit, Mrk. 1750, 1350, 8<sup>50</sup>
- Gamine zum Selbstanfertigen von Gardinen und Stores, 100-150 cm breit . . . . . Mrk. 3200, 2750, 23<sup>50</sup>
- Tüllstoffe, klein gemustert, 100-150 cm breit, besonders billig.
- Plüschdecken in verschiedenen Farben, 100x130 cm 85<sup>00</sup>
- Plüsch-Tischdecken, Velvet gepreßt, 130x150 cm 270<sup>00</sup>
- Kochelleinen-Tischdecken, gefittet u. besetzt 12500, 85<sup>00</sup>
- Fantastie-Tischdecken, gewebt m. bunt. Mustern 9500, 75<sup>00</sup>
- Divanddecken, gewebt Gobelin . . . . . 45000, 37500, 325<sup>00</sup>
- Divanddecken, Fantasiegewebe . . . . . 26500, 19000, 160<sup>00</sup>
- Steppdecken, Kreton u. Satin, mit Reformfüller 17500, 145<sup>00</sup>
- Steppdecken, bunter Satin, schöne Muster . . . . . 225<sup>00</sup>
- Bettvorlagen, sehr preiswert . . . . . 2800, 18<sup>00</sup>
- Fellvorlagen, groß, mit Rand . . . . . 6500, 55<sup>00</sup>
- Teppiche zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
- Sofabezüge, Reste in Cotelin, Gobelin u. Plüsch, sehr billig.

**Gardinen- und Teppichhaus**  
**ARTHUR HÄUSLER**  
Eisenbahnstraße 61







Gewerkschaftsbewegung.

Ausperrung in der Metallindustrie.

Die bürgerliche Presse Leipzigs, neueste Nachrichten wie Tageblatt, bringen einen Bericht, der ihnen jedenfalls vom Verband der Metallindustriellen übermittelt wurde. In beiden Zeitungen wird trotz allen von uns bisher veröffentlichten Tatsachen von neuem versucht, die Schuld an dem gegenwärtigen Streik auf die im Metallarbeiterverband organisierte Arbeiterkraft abzuwälzen. Wir verweisen noch einmal auf die bisher der Öffentlichkeit gegebene Information über die Bewegung und wenden uns an alle Behörden, die sämtlich angerufen wurden und auch als Zeugen dafür aufzutreten können, daß die Arbeiter jederzeit und in jeder Situation der Bewegung die Hand zu Verhandlungen geboten haben. Den Grund zu einer Ausperrung in der Leipziger Metallindustrie gaben nicht der Metallarbeiterverband und die in ihm organisierten Arbeiter, sondern der Bezirksverband der Leipziger Metallindustriellen, der von einigen Scharfmachern beherrscht wird. Mit allen Mitteln des wirtschaftlichen Terrors und unter Androhung der größten wirtschaftlichen Strafen ist vom Mai bis zum Dezember 1920 jede Verständigung mit den Arbeitern des einzelnen Betriebs und jede Verhandlung mit dem Verband verhindert worden. Die Scharfmacher im Metallindustriellen-Verband wollen unter allen Umständen die Diffamierung der Arbeiter in der schärfsten Weise zur Durchführung bringen. Alle gesetzlich verbrieften Rechte und die letzten Reste von dem, was die Arbeiter vom November 1918 noch besitzen, sollen restlos beseitigt werden.

Die angeblichen Laizen der Demobilmachungs-Verordnungen, die die Unternehmer trotz ihrer ungeheuren Profite angeblich nicht tragen können, sollen bei dieser Bewegung mit abgewälzt werden. Der von den Unternehmern bei jeder unpassenden Gelegenheit in den Vordergrund geschobene Patriotismus besteht in Wirklichkeit darin, daß die Arbeiter in der struppellosesten Weise der Profitgier und dem Machtstolz der Unternehmer zum Opfer gebracht werden. Die Wohlfahrt einer ganzen Großstadtgemeinde spielt keine Rolle, wenn einzelne der Herren Scharfmacher das Gefühl spüren, die Gesamtheit der Arbeiterschaft zu provozieren.

Durch ein derartiges Vorgehen beweisen die Scharfmacher im Verband der Metallindustriellen, daß sie Schädlinge der Deutschen Volkswirtschaft sind, und daß es im Interesse der Allgemeinheit liegt, wenn diesen Herren die Verfügung über die Produktionsstätten entzogen und sie hinter Schloß und Riegel gesetzt würden. Eine andre Antwort dürfte es auf ein derartiges Vorgehen, wie es eine Ausperrung der Arbeiter auf Grund der Leipziger Lohnbewegung ist, gar nicht geben. Alle rechtslos denkenden Menschen mühten mit Fingern auf diese Sorte "Patrioten" zeigen.

Die Arbeiterschaft Leipzigs wird bemessen, daß sie den Schlag der Metallgewaltigen zu parieren versteht. Die Bewegung ist keine Angelegenheit, die nur die Metallarbeiter angeht, sondern sie berührt die gesamte Arbeiterschaft.

Massen-Protest-Verammlung der Leipziger Eisenbahner.

Am 12. Januar hatten die vier Eisenbahner-Organisationen nach dem neuen Gasthof in Gohlis eine Eisenbahner-Verammlung einberufen. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung war der große Saal des neuen Gasthofs überfüllt, so daß sich die Leitung gezwungen sah, eine Parallel-Verammlung im Schloß Draehenschloß stattfinden zu lassen. Auch diese Versammlung war überfüllt. Durch den Massenbesuch der Versammlungen haben die Leipziger

Eisenbahnbeamten und Arbeiter bewiesen, daß sie einmütig in ihrem bevorstehenden Kampfe zusammenstehen.

Kollege Endorf, der über den Gang der bisher stattgefundenen Verhandlungen referierte, führte aus, daß es niemand zu werden brauche, wenn die Eisenbahner endlich einmal ungeduldig würden. Der Reichslohndienst, über den man über ein halbes Jahr verhandelt hat, brachte nicht das, was die Eisenbahner von ihm erwartet haben. Auch dort blieben die Löhne der Eisenbahner noch hinter den Löhnen zurück, die in den Privatindustriellen gezahlt werden. Die Beamten, denen man schon seit Jahren versprochen hat, daß die Besoldungsreform nach ihren Wünschen durchgeführt werden soll, sind noch mehr erbittert, als die Arbeiterschaft. Der Referent wies an der Hand von Material nach, daß es noch sehr viele Eisenbahnbeamte gibt, die noch nicht einmal monatlich 600 Mk. Gehalt haben. Daß diese Gehälter nicht zum Leben reichen, ist wohl jedem verständlich, leider nur nicht der Regierung. Der Referent führte weiter aus, daß die Erbitterung deshalb so stark ist, weil man wiederum den hohen und höchsten Beamten die höchsten Teuerungszulagen gewährt. Dadurch, daß man nicht die prozentuale Erhöhung der Teuerungszulagen nach Gehaltsklassen, wie es die Organisationen gefordert haben, vornimmt, sondern wieder auf 3 Klassen, so daß naturgemäß die Dreiklasse A den höchsten Prozentsatz der Teuerungszulage erhält, die Dreiklasse E dagegen mit einer ganz niedrigen Erhöhung abgespritzt wird, wird das Unrecht noch größer. Die Unterklasse, die bei den Teuerungszulagen zwischen Dreiklasse A und E besteht, sind bei den jetzigen Teuerungsverhältnissen zwischen Stadt und Land durchaus nicht gerechtfertigt, zumal man auf die reinen industriellen Gebiete, wie so ganz Mitteldeutschland und namentlich Sachsen, darstellt, keine Rücksicht genommen hat. Der Referent führte weiter aus, daß die Regierung stets bei den Verhandlungen erkläre, daß das Reich nicht in der Lage wäre, derartige Milliarden-Vorlagen zu genehmigen, daß aber andererseits das Reich Milliarden und aber Milliarden für die Großgüter und für die Schiffahrt habe, daß alle guten Vorschläge, die von Seiten der Arbeiterschaft der Regierung und namentlich dem Reichsverkehrsministerium gemacht worden sind, nicht beachtet werden. Zum Schluß erwähnte der Referent die Anwesenheit, strenge gewerkschaftliche Disziplin zu wahren und nur dem Rufe ihrer Organisation Folge zu leisten.

In der Diskussion erklärten alle Redner, daß dieses Angebot der Regierung für sie vollständig ungenügend und unannehmbar sei. Alle waren bereit, auch das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel in Anwendung zu bringen. Die Vertreter der Organisationen erklärten übereinstimmend, daß nicht 3, und mag es kommen wie es will, die Einheitsfront, die die Eisenbahner geschlossen hat, zerstört werden kann.

Der Landtagsabgeordnete Weimer versuchte in längeren Ausführungen der Versammlung klarzumachen, welche Uebel die kapitalistische Wirtschaftsform an sich hat und daß für die Beamten und Arbeiter, so lange keine Besserung eintreten könne, bis man nicht grundlegende Veränderungen in unserer jetzigen Staatsform vorgenommen hat. Ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte, daß die Eisenbahner die volle Sympathie ihrerseits hätten. Der Beifall, der den Referenten, sowie allen Debattierenden gezollt wurde, zeigte, daß die Versammelten mit den Ausführungen voll und ganz einverstanden waren.

Folgende Resolution wurde gegen zwei Stimmen von den Versammelten angenommen:

Die heute im Neuen Gasthof zu Gohlis und Schloß Draehenschloß zu Tausenden versammelten Eisenbahnbeamten und Arbeiter lehnen das Angebot der Regierung einmütig ab. Sie verlangen von ihren Organisationen sofortige Wiederherstellung der

ursprünglichen Forderungen; Urabstimmung wird abgelehnt, da selbige bloß Verschleppung bedeutet. Die Organisationen haben unerschütterlich am Kampfe aufzuziehen.

Folgender weiterer Antrag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

Die heute im Neuen Gasthof zu Gohlis versammelten Eisenbahner fordern von der Regierung die sofortige Einführung der Beamtenbetriebsräte.

Im Schlußwort erwähnte Kollege Endorf nochmals fest und geschlossen zusammenzufassen und sich nicht von irgendeiner Seite beeinflussen zu lassen, denn nur so können die Eisenbahner für sich ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen.

Schiedspruch wegen des Reichstarifs für das Versicherungsgewerbe.

Die Erneuerung des Reichstarifs für das Versicherungsgewerbe bildete den Gegenstand eines Schlichtungsverfahrens im Reichsarbeitsministerium. Nach vierwöchigen Verhandlungen unter dem unparteiischen Vorsitz der Staatsminister a. D. Dr. Südekum, Regierungsrat Dr. W. Weigerl vom Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat Dr. Weegerdt vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung wurde am 11. Januar, morgens gegen 2 Uhr, ein einstimmiger Schiedspruch verkündet, der sich auf die Hauptfragen des Tarifstreites eriterte. Die Arbeitszeit wird auf 45 Arbeitsstunden bei durchgehender Arbeitszeit, auf 48 Stunden in der Woche bei geteilter Arbeitszeit festgelegt. Das Entlohnungssystem wird unter Beibehaltung der Berufsartenzulagen und Abschaffung der Lebensalterszulagen gänzlich neu geregelt. Die Erhöhung der Gehaltsbezüge gegen das letzte Quartal 1920 beschränkt sich auf durchschnittlich 8 bis 12 Prozent. Dazu kommt die Wiederherstellung der Berufsartenzulagen auf jährlich 2000 Mk. Die gleiche Bezahlung männlicher und weiblicher Angestellten wird aufrechterhalten. Ebenso sollen die Bestimmungen über die Urlaubsgewährung sowie über die Fortzahlung der Gehaltsbezüge während der Erkrankung eine Berücksichtigung nicht erfahren.

Bei dem Gewicht des einstimmig gefaßten Schiedspruches kann dessen Annahme durch die Parteien sowie eine alsbaldige Verkündung über die noch verbleibenden Punkte des Reichstarifs, der die Regelung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen für mehr als 80 000 Angestellte im Versicherungsgewerbe enthält, ermartet werden.

Gerichtssaal.

Wer ist der größte Gauner?

Diese Preisfrage mußte die 6. Strafkammer des Landgerichts lösen, weil zwei Arbeiter, Schuke und Großmann, die seit langer Zeit arbeitslos waren, in der Kornbrannmelkenerlei Masch einen Motor im Werte von 10 000 Mk. gestohlen hatten und mit Hilfe von drei Freunden an den Mechaniker Kötz in Thessa verkaufen wollten. Sie waren alle fünf rechtslos geständig, nur der letztere behauptete hartnäckig, gestohlen zu haben, der Motor komme von einem Feilsender, der ihn verkaufen wolle. Er hatte sich durch sein Benehmen bei seinen Mitschuldigen in den Verdacht gebracht, daß er sie übers Ohr haue wolle, und voller Entrüstung rief der eine aus: "Wir sind alle Gauner, aber so einer wie Kötz sind wir doch noch nicht!" Das Gericht verurteilte die beiden erstgenannten zu je 10 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust, ihre drei Freunde zu je resp. 4 Monaten Gefängnis und den Angeklagten Kötz trotz der sehr geschickten Rede seines Verteidigers ebenfalls zu 4 Monaten Gefängnis. — Arbeitslosigkeit, wenig Verdienst, wirtschaftliche Notlage gaben auch hier wie fast immer den Anstoß zu den Verbrechen.

Permalton-Nähreextrakt
ein naturreiner, aus besten Vegetabilien hergestellter Extrakt von höchstem Nährwert für Gesunde und Kranke in jedem Lebensalter.
Grüne Heringe
fein und zart
1 Pfund 1.90 Mk., 3 Pfund 5 Mk.
Salz-Heringe
In Norweger, Pfund 1.50 und 2.50 Mk.
Johann Rutschka, Lindenau, Gundorfer Str. 17

Achtung! Bedeutsame Prolosmäßigkeit Achtung!
Prolos-Rauchtabak
garantiert reine Übersee-Blattware
Prolos-Großschnitt 4.70 Mk. 4.50 Mk. v. 100 Gr.
Prolos-Mittelschnitt I 8.25 " 5.50 " " 100 Gr.
Prolos-Mittelschnitt II 5.50 " 4.75 " " 100 Gr.
Prolos-Smag 7.00 " 6.50 " " 50 Gr.
Beyers Tabakhaus Nürnberg, Straße 40

Haut-, Geschlechts-
Gegen Würmer
Trauringe Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6.

Ausnahme-Angebot!
Prima frisches Schweinefleisch
Keule und Rücken 18.-
Bauch 19.-
Frisches Rindfleisch z. braten 13.-
Geräucherter Speck 12.-
Talg 15.-
Müller, L. Volkmarstraße, Kirchstr. 48

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Geldschrank-Schlosser
Braune & Roth
Fabrik für Geldschranke.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt bei hoh. Verdienst tücht. Stellmacher
la Schweinefleisch 16.50
la Margarine 13.00
la Schwarze Speck 17.50
la Rindfleisch 16.00
la Schweinefleisch 15.25
la Margarine 13.00
la Schwarze Speck 17.50
la Rindfleisch 16.00
la Schweinefleisch 15.25
la Margarine 13.00
la Schwarze Speck 17.50
la Rindfleisch 16.00

!! Ausverkauf !!
Filzschuhe und Pantoffeln
Monopol, P. Plagwitz, Albertstraße 12.
Rindfleisch 10.-
Gehacktes 12.-
Ba. Speck 16.-
Bayerische Str. 36.
Preisabbau!
la Fett Pfund 16.50
Prima Reis Pfund 3.75
Rübensaft Pfund 2.00
Feichtingers Lebensmittel-Ecke
Wir verhandeln in hoch. Vollpakt:
Guter Koden Pfund 3.20
Salzkräuter " 3.25
Gerstengröße " 2.65
Gruppen " 2.60
H. Kraus, Gr. Friedrichsberg, 11.
Wan. Sta. Kafas 17.-
Bar. Salmstr. 20 (kein Laden)
Bergringränderer Hofschreiber
L. Gohlis, Str. 30, Tel. 43479
Tgl. fr. Büchlinge Wd. 7.4
Kollmose St. 65, Gurten
66 St. 24.4. pa. er. Schotten
bei 20 St. eine Straßenbahn-
fahrt vera. Satzheringe bill.
Schuhcreme
Albert, Gehls. Lüderstr. 12.

Woll-Schuhe, neu, umgearb.
! Von Herrschaften !
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.
Woll-Schuhe, neu, umgearb.

Möbel, Kostüme, Musik, Mode,
Aus erster Hand!
Möbel, Kostüme, Musik, Mode,
Aus erster Hand!
Möbel, Kostüme, Musik, Mode,
Aus erster Hand!
Möbel, Kostüme, Musik, Mode,
Aus erster Hand!
Möbel, Kostüme, Musik, Mode,
Aus erster Hand!
Möbel, Kostüme, Musik, Mode,
Aus erster Hand!
Möbel, Kostüme, Musik, Mode,
Aus erster Hand!



**Kriegsanleihe**

kauft und verwertet bis zum  
Nennwert Kurt Debin  
Welfstr. 61, Sora 10-12 u. 2-5.

**Kaufe stets!** Herren-  
u. Damen-  
Garderobe, Wäsche, Schuhe,  
Federbetten, Leibhauschneide  
gg. Nachl. Werner, Rantstädter  
Steinweg 26, l. Tel. 10554.

**Achtung!**  
Alte u. neue Herr- u. Damen-  
schon, Wäsche, Möbel, Schuhe,  
Bett- u. Leibh., Silber,  
Leinwand, Gold- u. Silber,  
Zahngelb., sowie gg. Wirtsch.  
kauft jederzeit

**Frau Wittes**  
Lorchingstr. 12, p  
Tel. 13150

**Ganz  
schlechte** Herren-  
u. Damen-  
Garderobe, Wäsche, Schuhe,  
Bett- u. Leibh., Silber,  
Leinwand, Gold- u. Silber,  
Zahngelb., sowie gg. Wirtsch.  
kauft jederzeit

**Kaufe** Herren-  
u. Damen-  
Garderobe, Wäsche, Schuhe,  
Bett- u. Leibh., Silber,  
Leinwand, Gold- u. Silber,  
Zahngelb., sowie gg. Wirtsch.  
kauft jederzeit

**Wäsche** aller Art  
kauft  
Müller,  
Wurstr. 31, l. d.

**Wäsche** aller Art  
kauft  
Müller,  
Wurstr. 31, l. d.

Redbet. Hl. Sophienstr. 52, pt.

**Piano**  
au kaufen  
geübt.  
Offert. an  
Bögel, Windmühlweg 22,  
Gammophonplatten, serbr.  
u. abgeleichte, laut u. laut  
4 alte gegen 1 neue u. Wahl  
Pfund & Co., Gerberstr. 60.  
Guterh. Nähmaschine, laut u. lei.  
m. Preisangabe, Handl. verb.  
Dfr. u. G 1717 Hl. Schönefeld  
Gbr. Nähmaschine, laut u. lei.  
an Sante, Co., Teichstr. 3, H. l.

**Nähmaschine**  
auch defekt, zu laut, gesucht  
Hofmann, Kavellestr. 9a.  
Nähmaschine, auch defekt aus  
Privat, laut u. lei. Dfr. u. F.M.  
Hl. Thonberg, Reichenh. Str.  
D. u. S. Stad, a. oh. G. o. defekt  
kauft Kohlgartenstr. 43, H. \*

**Kupfer - Rotalguss**  
Messing  
**Blei, Zink**  
Händler Extra-Preise  
laut laufend  
Süssmann  
Gerberstr. 45, Hof pt.  
Röhrlstr. 15, l.

**Kaninfelle**  
kauft  
M. G. Felix Wolf  
Kaufwarenhandlung  
Leipzig  
Nikolaistr. 28/32. \*

In unserem

# Inventur - Ausverkauf

gelangen zum Verkauf  
ganz enorm herabgesetzt:

**Herren-Anzüge** 225.-  
360.- 375.- 390.- 450.- 480.-  
520.- 580.- usw.

**Konfirmanten-Anzüge** 155.-  
175.- 195.- 200.- 210.- 220.-  
240.- 250.- 260.- usw.

**Herren-Hosen** 59.-  
72.- 86.- 92.- 100.- 110.- usw.

## Gebr. Manes

Leipzig Reichsstr. 11  
- Ecke Salzgässchen. -

**Etwa 60 000 qm**  
ertragreiches Kartoffel- und Gemüse-Land  
in Probstheida  
in Nähe der Stadt Neubauten, rechts der Preußen-  
straße, zwischen der Straßenbahn-Endstation und  
Fay Meusdorf in einzelnen Parzellen in be-  
liebiger Größe, von 1/2 bis 1/4 Quadratmeter anfangend,  
billig zu verpachten.  
**Die Uebergabe**  
der gesamten Feldgrundstücke, welche bereits ver-  
pachtet sind, findet am  
**Sonnabend, dem 15. Januar, nachm. 2 Uhr,**  
auf dem Gelände statt.  
Daneben sind außerdem noch einige  
**eingezäunte Gärten**  
zu vergeben. Näheres durch  
„Woba“, Wohnungsbau-Verein-Gesellschaft  
Dufourstraße 4. Fernruf 9540.

**Günstige Kaufgelegenheit**  
so lange der Vorrat reicht!

**Wilhelm Raabe, Die Akten des Vogellangs**  
geb. Wf. 6.-

- Fünf Erzählungen . . . . . 6.-
- Der Hungerspott . . . . . 6.-
- Die Leute aus dem Walde . . . . . 6.-
- Die Kletter . . . . . 6.-
- Die Schilderung . . . . . 6.-
- Abu Telfan . . . . . 6.-
- Deutscher Adel . . . . . 4.-
- Förster und Corvey . . . . . 4.-
- Die Innerke . . . . . 4.-
- Vom alten Proteus . . . . . 4.-
- Bunniel . . . . . 4.-

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung  
nehmen Bestellungen entgegen.  
**Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.**  
Abteilung Buchhandlung  
Leipzig, Tauchaer Strasse 19-21.

**GEBRÜDER**  
**Goske**  
Windmühlenstraße/Filiale Johannisplatz

## Billige Lebensmittel

Rangoon-Bohnen . . . . . Pfund 1.90  
Kleine gelbe Chinaerbsen . . . . . Pfund 2.20  
Gr. gelbe Kichererbsen . . . . . Pfund 2.90  
Viktoria-Erbsen . . . . . Pfund 3.25

Bananen-Kakao . . . . . Pfund 17.50  
Wan-Eta-Kakao engl. Pfd.-Dose 18.50  
Schokoladenpulver . . . . . Pfund 19.50

Himbeersaft mit  
Johannisbeersaft u. rein. Zucker Pfund 10.50  
Zuckerhonig . . . . . Pfund 6.50  
Kaffee-Ersatz . . . . . Pfund 1.90

Dänische Sahne in Flaschen . . . 5.75  
Dosen-Milch „Rahm“ 9-9 1/2 % Fett 7.40

Käse Tilsiter Art. . . . . Pfund 9.50  
Margarine. . . . . Pfund 14.00 und 13.00  
Schweineschmalz . . . . . Pfund 16.00  
Speck gesalzen . . . . . Pfund 17.50  
Corned Beef . . . 1 engl. Pfund-Dose 7.20  
Brüh-Würstchen  
Paar 2.10 bei 10 Paar, ca. ein Pfund 1.95

**Frische Blutwurst 10.00**  
angeräuchert 10.50 bei ganzen  
Pfund. . . . . Wurst. Pfd.

Maisgrieß gelber . . . . . Pfund 3.30  
Maisgrieß weißer . . . . . Pfund 3.60  
Reisgrieß . . . . . Pfund 4.50  
Saigon-Vollreis . . . . . Pfund 4.00  
Mais kernpuder . . . . . Pfund 5.00  
Speise-Salz . . . . . 10 Pfund 2.50  
Bosnische Pflaumen . . . . . Pfund 5.75  
Birnen . . . . . 2-Pfund-Dose 7.25  
Schnittbohnen . . . . . 2-Pfund-Dose 6.25

Während unseres  
**Inventurausverkauf.**  
Preisherabsetzungen und Gelegenheitskäufe  
in allen Abteilungen  
In vielen Artikeln nähern wir uns den  
**Friedenspreisen**

Fahrrad u. Nähmaschine kauft  
Kappe, Kürnbergstr. 11. \*

**Felle, Schaafwolle!**  
aller Art kauft von Händlern  
und Privaten Rosner,  
Reichsstr. 24, i. Hof, Ecke Gold-  
bahngässchen. Tel. 15307

**Kupfer, Blei**  
**Messing, Zink**  
Göbe-Bau, Turnerstr. 13, 5. l.

**Felle aller Art kauft Kürsch.**  
Leipzig, Plauenische Str. 7, 11. \*

**Insperate** sind nicht an die  
Redaktion, fond.  
an die Expedition s. adressieren

**Felle kauft**  
Rosenzweig  
Reine Fleischerstraße 18, l. \*

**Kaufen**  
nach wie vor künstliche  
rohen  
**Felle**  
Wildwaren, Zierhaare  
**J. & J. Wagner**  
Brühl 21, III. \*  
Tel. 9980 :: Fabrik

**Bermischte Anzeigen**  
**Skat- und Strohmännchen**  
find. imm. Anst. J. Ahlemann,  
Königsstr. 22, Ronnenstr. 1. \*

**Stattpieler**  
finden tägl. ab 2 Uhr Anst. im  
im Oberhof, Oberdorfstr. 22. \*

**Damen**  
können kostenlos an einem  
Tanzkurs teilnehmen.  
Anmeld. Freitag 7 Uhr. Zum  
Hilfer, Schleier, Jahnstr. 2.

**Uhrmacher Urban**  
Spezialist für Reparaturen  
Wächterstraße 26. \*

**KAUF HAUS**

# BRÜHL

**Billige Lebensmittel**

**Schweineschmalz** schneeweiß . . . . . Pfund 16<sup>00</sup>  
**Margarine** . . . . . Pfund 13<sup>00</sup>

**Wan-Eta-Kakao 18<sup>50</sup>**  
engl. Pfund

**Viktoria-Erbsen** . . . . . Pfund 3 25  
**Gelbe Erbsen** halbe gesch. . . . . Pfund 3 50  
**Grüne Erbsen** . . . . . Pfund 3 00  
**Haferflocken** . . . . . Pfund 3 90  
**Kaffee** gebrannt . . . . . Pfund 30 00 26.00 21<sup>00</sup>  
**Maiz-Kaffee** . . . . . 1 Pfund-Paket 3 90  
**Kaffee-Ersatz** . . . . . Pfund 1 90

**Speise-Salz** . . . . . 10 Pfund 2.25 Pfund 0.25

**Weinbrand-Verschnitt 45<sup>00</sup>**  
38-40 Proz. Alkoh. . . . . 1/2-Liter-Flasche

**Massage-Unterricht**  
mit ärztlicher Prüfung!  
Am 17. 1. beginnt ein  
neuer Abend-Kursus.  
Anmeldungen täglich:  
**Institut P. Schubert**  
Dumboldstraße 5. \*

**Arbeitsgesuch!**  
Tischlerei mit 5 Bänken sucht  
Aushilfskräfte. Off. N. 98 Exp. d. Bl.

**Belastungen** umarbeiten  
Neuanfertigung.  
billa. Sanktstraße 29, II. und  
Eisenbahnstraße 69, Baden.  
Telephon 69 029.

**Möbeltransporte**  
**Hans Eitner**  
Gebr. 1866.  
Leipzig, Rochterstr. 1113.  
**Stadt- und Fern-**  
**Transporte.**  
Nur gute Ausführung.  
Aufbewahrung.  
Fernruf 13500 u. 20310.

**Wohnungen**  
Einf. mbl. Zimm. m. Kochge-  
läge Zentr., v. alt. Herrn gef.  
Off. m. Preis u. L. 96 Exp. d. Bl.

Anständig, jungverheiratet,  
Ehepaar sucht 1 großes oder  
2 leere Zimmer m. Kochge-  
läge, Bämler, Sedanstr. 19, H. l.

Tausche Stube, Kamm., Küche  
i. Südb. geg. gleiche o. größere  
Off. u. M. 97 Exp. d. Blattes.

**Vorteilhafter Tausch.**  
Tausche meine mietfreie  
Wohnung von 2 Zimmern,  
Küche mit Garten im West-  
viertel gegen Wohnung von  
3 Zimmern u. Küche, Offer-  
unt. K. 95 a. d. Exp. d. Bl.

Wohn-Tausch, 2 St., 2 K.,  
G. m. Hausmannsp., a. H. m. G.  
o. Hausmannsp., a. l. i. Stadt,  
Frau Laris, Gerberstr. 26, 5. l.

**Insperate**  
für die fällige Nummer  
bestimmt, erbitten bis  
10 Uhr vorm.  
am Erscheinungstage.